

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Heinrich Hagemann, Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Michael Husarek reflektiert in den „Nürnberger Nachrichten“ die deutsche Erinnerungskultur:** „[...] ‚Auffällig ist, wie sehr sich die Propaganda bei den Nazis und den heutigen Alleinherrschern weltweit gleicht‘, konstatiert etwa Karl Freller, der als Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten mit Sorge auf Entwicklungen in den USA, Russland und vielen andern Staaten blickt. Freller ist kein Brandstifter, der lautstark für seine Ziele wirbt, der Schwabacher CSU-Politiker ist vielmehr ein Mann, der sich genau überlegt, was er sagt. ‚Ich gehöre zu denen, die unsere Demokratie für unerschütterlich gehalten haben. Jetzt erlebe ich, wie die Extremisten wachsen. Mich empört das‘, mahnt er. Wenn Freller auf Parallelen zu den 20er und 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts hinweist, sollte das als Alarmsignal gewertet werden. Bei der zentralen bayerischen Gedenkveranstaltung zur Befreiung des KZ Auschwitz vor 81 Jahren, die heuer in Nürnberg stattfand, waren denn auch viele nachdenkliche Töne zu hören.

Erinnerungskultur muss weiterentwickelt werden, sie sollte, so hat es der Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg kürzlich formuliert, mehr als ein Aggregatzustand denn als etwas Statisches verstanden werden. Nürnberg versucht sich an dieser Weiterentwicklung seit Langem – durchaus mit Erfolg. Darauf ausruhen darf sich niemand. Denn die Herausforderungen sind enorm. Zunehmend murren jüdische Angehörige aus den Generationen G2 und G3 über den bundesdeutschen Umgang mit Antisemitismus. Sie sagen - noch hinter vorgehaltener Hand: Den ‚Nie wieder‘-Lippenbekenntnissen müssen auch Taten folgen. Wenn also Aspekte der NS-Zeit verharmlosend oder gar scherzhaft aufgegriffen werden, sollte dazu nicht geschwiegen oder verschämt weggehört werden. ‚Nie wieder‘ ist auch ein Auftrag zum Handeln! Tag für Tag.“ (kna HG 29.01.2026)

- **Die EU-Agentur für Grundrechte bemängelt die Erfassung antisemitischer Vorfälle in vielen EU-Staaten.** Nur mit soliden Daten könne das gesamte Ausmaß von Antisemitismus erfasst werden, so die Direktorin der Agentur, Sirpa Rautio. „Nur so können wir die Täter zur Rechenschaft ziehen, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen und ein Europa fördern, in dem Juden ihr Leben frei und offen leben können.“ Die Grundrechte-Agentur legte dazu in Wien einen Bericht vor.

Darin heißt es, es mangle an verlässlichen und vergleichbaren Daten. Die EU-Staaten klassifizierten Antisemitismus anders, sodass viele Länder eine geringe Anzahl offiziell registrierter Vorfälle aufwiesen. Einige Länder erfassten überhaupt keine Vorfälle, etwa wegen Datenschutzbedenken zur Religion oder der ethnischen Zugehörigkeit des Opfers. Die EU-Behörde empfiehlt beispielsweise Schulungen für Polizeibeamte, um jüdenfeindliche Motive zu erkennen. Die Behörde geht von einer hohen Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle aus. Dazu könnten Zivilgesellschaft und jüdische Organisationen einbezogen werden, um Opfer und Zeugen zu ermutigen, Vorfälle zu melden und Vertrauen zur Polizei aufzubauen. Der Bericht kommt auch zu dem Schluss, dass regelmäßige Befragungen den Ländern ermöglichen würden, ihre Bemühungen gegen Antisemitismus besser anzupassen.

Der Bericht umfasst Informationen aus allen 27 EU-Ländern sowie aus Albanien, Nordmazedonien und Serbien. Er stützt sich laut Angaben der Grundrechteagentur auf Daten aus Verwaltungsquellen, Leitlinien der Behörden und die Beobachtung antisemitischer Vorfälle durch die EU-Behörde. Laut der jüngsten Umfrage der Grundrechteagentur von 2023 haben im Laufe eines Jahres 96 Prozent aller befragten Jüdinnen und Juden Antisemitismus erlebt. Antisemitische Vorfälle haben in der EU nach den Angriffen der Hamas auf Israel und der darauffolgenden militärischen Intervention Israels im Gazastreifen zugenommen. (kna HG 29.1.2026)

- **Tobias Kühn reflektiert für die „Jüdische Allgemeine“ die völkerrechtliche Debatte um die gezielten Luftangriffe auf die iranische Führung und stellt dabei den Schutz der unterdrückten Bevölkerung über eine formale Auslegung internationalen Rechts:** „[...] Der Despot Chamenei und Teile seiner Führungsriege waren bei gezielten amerikanischen und israelischen Luftangriffen ums Leben gekommen. Doch während viele Betroffene das Ende der jahrzehntelangen Unterdrückung feiern, beginnt andernorts bereits eine grundsätzliche

Debatte. Juristen und Politiker verweisen auf das Völkerrecht, mahnen zur Einhaltung internationaler Normen.

Solche Einwände mögen legitim sein, sie greifen jedoch zu kurz. Völkerrecht ist kein Selbstzweck, sondern soll Menschen schützen. Wird es höher gewichtet als jene, die seit Jahrzehnten entrechtet, verfolgt und gedemütigt werden, verliert es seinen Sinn. Es geht um Frauen, die für Selbstbestimmung in Haft kamen, um Jugendliche, die für Proteste ihr Leben riskierten, um Oppositionelle und Homosexuelle, die unter permanenter Bedrohung leben. Völkerrecht darf nicht zum Deckmantel der Tyrannei werden. [...]“ (kna HG 05.03.2026)

- **„Dieser Krieg wird den gewünschten Erfolg kaum haben“ kommentiert Bernd Dörries den Angriff auf Iran in der „Süddeutschen Zeitung“:** „[...] Gut zehn Tage Krieg haben Teile der iranischen Führung getötet und ihr Militär geschwächt. Die Kosten des Krieges aber steigen: tote US-Soldaten, Angriffe auf Verbündete in der Region, schwindende Reserven in der Luftabwehr, steigende Energiekosten, fallende Aktienmärkte und Umfragewerte. Das scheint auch Trump zu schwanen, der sagte, der Krieg sei ‚sehr bald‘ vorbei. [...]

Es ist erstaunlich, dass Staaten wie Deutschland oder Großbritannien den Waffengang dennoch eher unkritisch begleiten. Die gescheiterten Kriege im Irak, in Libyen und Afghanistan haben offenbar nicht zu einem Lerneffekt geführt. Man versucht es einfach noch einmal. ‚Wir stehen an der Seite Israels‘, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz. Letztlich steht er an der Seite von Benjamin Netanjahu, dessen Lebenstraum mit diesem Krieg in Erfüllung geht. Er will keine Demokratie im Iran, nicht einmal dessen Öl. Ihm reicht ein schwaches Regime, das er angreifen kann, wann er es will. So wie auch in Syrien und im Libanon. ‚Wir leben mit dem Schwert‘, so hat er seine Strategie beschrieben, ein endloser Krieg in Nahost. Und Deutschland liefert wieder Waffen an Israel, also zumindest auch indirekt für diesen Krieg. Was die Bürger von dieser Politik halten, hat der ARD-Deutschlandtrend erhoben: Nur 17 Prozent der Deutschen halten Israel für einen Partner, dem man vertrauen kann, bei den USA sind es 15 Prozent.“ (kna HG 12.03.2026)

- **„Trump und Netanjahu streiten über das Ende des Krieges gegen Iran“ kommentiert Andreas Schwarzkopf in der „Frankfurter Rundschau“:** „[...] Die unterschiedlichen Ansagen von Trump und Netanjahu zu einem raschen Ende des militärischen Konflikts haben obendrein einen ersten Riss in dem Bündnis offenbart. Auch ausgelöst durch die israelischen Angriffe auf Ölanlagen im Iran, was Trump missfiel. Der Zwist verdeutlicht auch die verschiedenen Kriegsziele. Trump hat diese innerhalb weniger Tage geändert und erst das iranische Atomprogramm zerstören, dann das iranische Volk befreien wollen.

Netanjahu hingegen will das Mullah-Regime so sehr schwächen wie es irgend geht – so wie er es mit der Hamas und der Hisbollah bereits getan hat und weiter tut, damit sie Israel zumindest mittelfristig nicht mehr bedrohen können. Beiden gemeinsam ist allerdings weiterhin, dass sie keinen Plan haben, wie sie aus dem militärischen Konflikt herauskommen wollen. [...] Außerdem geht das Kalkül Teherans noch nicht auf, mit den Angriffen in den Golfstaaten diese mit in den Krieg zu ziehen. Doch wie wird etwa Saudi-Arabien stillhalten nach den zerstörten Ölanlagen durch den Iran? All das lässt ein rasches Ende des Krieges fast unmöglich erscheinen, sondern nährt die Ängste vor einer Gewaltspirale im Nahen Osten mit ungewissen Folgen.“ (kna HG 12.03.2026)

- **„Der Krieg verlangt nach Haltung“, schreibt Jan Drebes in der „Rheinischen Post“:** „[...] Die bisherige amerikanisch-israelische Allianz scheint Risse zu bekommen im Kampf gegen das tyrannische Regime im Iran. Denn Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hat Trump explizit widersprochen und Israels militärische Schläge gegen den Iran als noch nicht fertig bezeichnet. Eine Bruchstelle in der amerikanisch-israelischen Achse könnte das Ziel des Regimewechsels gefährden und die Region vollends ins Chaos stürzen.

Und Deutschland und Europa? Erneut stehen die EU-Staaten weitgehend an der Seitenlinie und wissen nicht so recht, was sie tun sollen. Deutsche Positionierungen reichten von der Hoffnung auf einen Machtwechsel in Teheran bis zu Sätzen, dass es ja nicht unser Krieg sei. Damit aber gibt es auch in diesem Fall wieder keinen Einfluss bei möglichen Verhandlungen, die irgendwann anstehen könnten. Der deutsche Außenminister Johann Wadephul hat Recht, wenn er eine rasche Einigung und Positionierung der Europäer einfordert, um beim Ausweg aus diesem Krieg vor der Haustür der EU ein Wörtchen mitreden zu können.

Das erinnert doch sehr stark an die Ukraine-Verhandlungen, in denen der europäische Einfluss ebenfalls beschämend gering ist. Und apropos Ukraine: Es ist richtig von Bundeskanzler Friedrich

Merz, vor einer möglichen Lockerung der US-Sanktionen gegen Russland zu warnen. Dieser Krieg verlangt Haltung und die sollte Solidarität mit dem unterjochten iranischen Volk und auch mit der Ukraine zum Ausdruck bringen.“ (kna HG 12.03.2026)

- **„Israel entscheidet über das Ende, nicht Trump“, ordnet Andreas Härtel die Äußerungen Donald Trumps zum baldigen Kriegsende im Iran der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ ein:** „[...] Zynisch betrachtet, könnte man sagen: Immerhin gibt die Erholung an der Börse und im Ölhandel dem US-Präsidenten recht. Womöglich war auch genau das Trumps Ziel; steigende Ölpreise schaden ihm innenpolitisch. Wie groß auch auf dem Parkett die Sehnsucht nach Ruhe ist, zeigte sich schon daran, dass dort Benjamin Netanjahus Widerspruch ignoriert wurde. Dabei dürfte das ‚Wir sind noch nicht fertig‘ des israelischen Regierungschefs ernster zu nehmen sein als alle Worte aus dem Weißen Haus – und das nicht nur wegen der Spekulationen zu Kriegsbeginn, dass Israel die USA in den Waffengang hineingezogen habe. Vielmehr ist es doch so: Der Iran ist stark geschwächt – ein Regimewechsel aber weit entfernt. Und so, wie man Netanjahu kennt, wird er sich damit nicht zufriedengeben. Also mag Trump noch so sehr schwadronieren: Dieser Krieg ist erst dann zu Ende, wenn Israel es will. Der mächtige US-Präsident erscheint fast schon wie ein Getriebener. Aus Mangel an strategischer Klarheit und Weitsicht.“ (kna HG 12.03.2026)
- **In „Publik Forum“ streiten Max Kolter und Michael Wolffsohn Pro und Contra um die Sinnhaftigkeit des Völkerrechts. Kolter schreibt unter anderem:** „[...] In den Diskussionen darüber, wie der amerikanisch-israelische Angriff auf Iran zu rechtfertigen ist, gewinnt eine alte Forderung an Beliebtheit: Man sollte die ‚humanitäre Intervention‘ oder die ‚Responsibility to Protect‘ anerkennen. Im Kern geht es darum, ob die Autonomie eines Staates ausnahmsweise hinter den Schutz der Menschenrechte seiner Bevölkerung zurücktreten muss. Das ist die richtige Debatte, doch auf beiden Seiten steht Völkerrecht. Man kann sich aus guten Gründen für eine humanitäre Intervention aussprechen. Aber das würde [...] nicht weniger Völkerrecht bedeuten, sondern mehr.

Die Frage, wie sinnvoll das Völkerrecht noch ist, ist wohl auch kaum eine ernst gemeinte Frage. Eher ist es eine Aussage, die auf falsch kanalisiertem Frust basiert. Frust darüber, dass die Ausnahmen vom Gewaltverbot so eng sind, dass man dem iranischen Volk nicht helfen kann. Oder darüber, dass das Völkerrecht allzu oft gebrochen wird und Verstöße nicht als solche benannt werden. All das liegt in der Natur des Rechts. Es wird gebrochen, selektiv angewendet, erweist sich hier als zu eng, dort als zu weit. Die Konsequenz darf nicht die Abwendung vom Völkerrecht sein, sondern mehr Debatte. Die hält das Völkerrecht nicht nur am Leben, sondern macht es besser. Dass man aktuell in keiner Tageszeitung am Völkerrecht vorbeikommt, ist daher ein gutes Zeichen.“

Michael Wolffsohn hält dagegen: „[...] Völkerrecht und Menschenrechte sind Errungenschaften der Menschheit. Aber sie sind nicht immer deckungsgleich. Was ist, wenn das Völkerrecht Menschenrechtsverletzungen ermöglicht, wenn Bürger von ihrer Staatsführung unterdrückt werden? Wenn die Appelle ans Völkerrecht heuchlerisch, geradezu zynisch werden? Zum Fundament des Völkerrechts gehören die Souveränität sowie die territoriale Integrität bestehender Staaten. Das ist zunächst einmal gut so. [...]

Das Dogma staatlicher Souveränität ist auf den ersten Blick einleuchtend. Was aber, wenn, wie im Mullah-Iran oder in Maduros Venezuela, die Staatsbürger unterdrückt oder gar massenweise ermordet werden? Ist es dann immer noch legitim, die Legalität des Völkerrechts zu achten und dabei die Menschenrechte zu missachten? Die Appeasement-Politik gegenüber Adolf Hitler wird heute zu Recht verdammt. Aber ist der Unterschied zum bisherigen Appeasement gegenüber den Maduro-, Mullah- oder Hamas-Diktaturen so groß?

Die Angriffe Israels und der USA auf Iran sind völkerrechtlich illegal, aber sehr wohl legitim. Sie geschehen im Sinne sehr vieler Menschen, folglich sind sie ein Akt, der den Menschenrechten dient. Eine Annexion Grönlands durch die USA wäre zweifellos völkerrechtswidrig. Richtig ist aber auch: Grönland ist faktisch eine Kolonie Dänemarks, abgesegnet durch das Völkerrecht. Auch Demokratien instrumentalisieren das Völkerrecht. Schon die alten Römer wussten: ‚Die Welt will betrogen werden. Also werde sie betrogen‘.“ (kna HG 12.03.2026)

- **Im „Tagesspiegel“ kritisiert Stephan Andreas Casdorff scharf eine mangelnde Haltung der Kirchen zum Iran-Krieg:** „Die großen christlichen Kirchen in Deutschland – kein Wunder, dass ihre Stimmen verhallen. Weitgehend ungehört. Denn unerhört ist ihre Haltung, und zwar die zu offensichtlichem Unrecht. Gemeint ist dieses Mal nicht der Umgang mit Missbrauch [...] Nein, es

ist die Haltung zum Nahen Osten, zu dem, was im ‚Heiligen Land‘, wie sie es nennen, geschieht. [...] Anstatt sich mit den tieferen Ursachen vertieft auseinanderzusetzen, bleibt alles Gesagte an der Oberfläche. Rituale, Rituale: der Ruf nach ‚Deeskalation‘, nach Dialog, nach Verhandlungen, die Warnung vor einer Spirale der Gewalt. Und an wen richtet sich das? Man weiß es nicht, man ahnt es nur: an die Israelis. Die Mullahs hören ihnen ohnehin nicht zu. So einseitig wird daraus aber noch lange keine Friedensethik. [...] Das ist nicht verantwortungsvoll, das ist armselig. Friedensethik erfordert auch den Mut, sich aktiv mit der Realität auseinanderzusetzen. [...] Pazifismus hilft nicht im Überlebenskampf. Das Mullahregime will nicht mit Israel reden, will keinen Dialog, keinen Kompromiss. Will Eskalation, nicht Deeskalation.

[...] Von wegen Neutralität in der Humanität: Frieden predigen, ohne die Feinde des Friedens zu benennen, ist unmoralisch. Unpolitisch außerdem: Frieden kommt nie von allein. Dialog ist kein Selbstzweck.“ (kna HG 12.03.2026)

- **„Israel hält viel darauf, die einzige rechtsstaatliche Demokratie in Nahost zu sein“. Die Wiedereinführung der Todesstrafe in Israel sorgt international für scharfe Kritik und kontroverse Debatten. Kommentare beleuchten Rechtsstaatlichkeit, Abschreckung und Diskriminierung. Außerdem geht es um historische Bezüge, sicherheitspolitische Argumente und die Frage nach gemeinsamen westlichen Werten (alle Kommentare aus KNA HG 02.04.2026):**

„Israel setzt seinen Rechtsstaat aufs Spiel“ – so kommentiert Stefan Kegel in der „Märkischen Oderzeitung“ die aktuellen Entwicklungen: „Israel hält viel darauf, die einzige rechtsstaatliche Demokratie in Nahost zu sein. Das neue Gesetz rüttelt an diesem Nimbus. Es rückt Israel weg vom westlichen Wertekonsens, und nur das Oberste Gericht kann diesen Irrweg noch stoppen. Gleichwohl sollte man nicht vergessen: Israel ist von Feinden umgeben, die dem Land die Vernichtung geschworen haben. Entsprechend groß muss in israelischen Augen die Abschreckung sein. Kritik an Israel ist angebracht. Boykottaufrufe, wie sie jetzt vereinzelt zu hören sind, wären aber die falsche Reaktion. Denn aus der bequemen, sicheren europäischen Perspektive rechtsstaatliche Grundsätze erzwingen zu wollen, erfordert nicht viel mehr als Gratismut.“

Deutliche Kritik am neuen Gesetz übt Andrea Nüsse im „Tagesspiegel“: „Die Todesstrafe ist grausam und unmenschlich. Dass Israels Parlament sie nun wieder in Kraft setzt, ist ein weiterer Beleg dafür, wie weit sich das Land von demokratischen Errungenschaften entfernt hat. Das Schockierendste ist der diskriminierende Charakter des Gesetzes, den seine Verfechter überhaupt nicht verhehlen: Der Wortlaut des Gesetzestextes lässt die Verhängung der Todesstrafe de facto nur gegen Palästinenser zu. Also gegen jene Nachbarn, deren Land Israel seit 1967 völkerrechtswidrig besetzt hält. [...] Die Welt hätte Israels Regierung viel früher mit Konsequenzen ihrer Verstöße gegen das Völkerrecht und Menschenrechte konfrontieren müssen. Auch Europa und Deutschland müssen sich dieser Tage selbst vergewissern, welche moralischen und demokratischen Werte nicht verhandelbar sind. Schon allein die Wiedereinführung der Todesstrafe ist nicht mit den Werten vereinbar, die die EU auf dem Papier propagiert.“

Die grundsätzliche Problematik der Todesstrafe beschreibt Sara Lemel in der „Badischen Zeitung“: „Dieser Beschluss ist falsch. Egal wo und warum: Die Todesstrafe ist unmenschlich, erniedrigend und wirkungslos. Sie greift so irreversibel ins Recht auf Leben ein, dass schon ein einziges Fehlurteil gegen sie spräche. Allerdings braucht Israel keine Schulmeisterei. Denn nirgends ist der Vorstoß umstrittener als dort: Die Rechtsaußen-Mehrheit war denkbar knapp, und sofort zogen Bürgerrechtler vors höchste Gericht. Es wäre Israel zu wünschen, dass es die Pläne kippt.“

Jean-Christophe Ploquin analysiert in der französischen Zeitung „La Croix“ die Entwicklung im größeren historischen und ideellen Kontext: „Israel entfernt sich damit in hohem Tempo von einem Werterahmen, dem es sich einst anschließen wollte und der jedem Menschen unabhängig von seinen Unterschieden die gleiche Würde zuschreibt. Im Zionismus des Staatsgründers David Ben Gurion oder des Friedensnobelpreisträgers Shimon Peres findet sich ein universalistischer Humanismus. Unter der Ära Netanjahu hat sich seit siebzehn Jahren die Unterscheidung zwischen Juden und Nichtjuden immer weiter verschärft, bis hinein in die Verfassungstexte. Der derzeitige Premierminister formt eine monolithische Identität, in der eine Geschichte – die des Judentums – instrumentalisiert wird. Das israelische Volk ist für den Weg verantwortlich, den es einschlägt. Doch diese Entwicklung fordert uns heraus – als Europäer und als Christen. Unsere Nähe zu Israel, historisch, kulturell, wirtschaftlich und für manche auch spirituell, verpflichtet uns, Unverständnis und Missbilligung zum Ausdruck zu bringen. Die wachsende Kluft wird früher oder später die politische Beziehung zum Staat Israel ernsthaft beein-

trächtigen. Um die Entfremdung aufzuhalten, gilt es, die Verteidiger der Menschenrechte zu unterstützen, die in diesem Land weiterhin aktiv sind.“

Sicherheitspolitische und moralische Zweifel hebt Maria Sterkl in der „Frankfurter Rundschau“ hervor: „Dass die Todesstrafe hilft, Terroristen abzuschrecken, ist jedoch durch keine Evidenz gesichert. Im Gegenteil: Israels Inlandsgeheimdienst warnt sogar davor, dass die Todesstrafe bestimmte terroristische Akte anfeuern könnte. Nicht ohne Grund sprach sich auch Israels Nationaler Sicherheitsrat gegen das Vorhaben aus. Selbst wenn das Gesetz am Ende am Höchstgericht scheitern sollte: Die Botschaft, die das Parlament mit dem Gesetz vermittelte, ist ein Schlag ins Gesicht aller, die sich um ein demokratisches, egalitäres Israel bemühen. Terror ist nicht gleich Terror, das ist die zentrale Aussage des Gesetzes. Anders gesagt: Menschenleben ist nicht gleich Menschenleben.“

Agnieszka Kazimierczuk erläutert in der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“ die konkreten Inhalte und juristischen Streitpunkte des Gesetzes: „Als einzige Vollstreckungsmethode sieht er das Erhängen vor: Zuvor hatte der israelische Ärzteverband die Durchführung von Hinrichtungen durch die Giftspritze abgelehnt. Zudem können Palästinenser, die von Militärgerichten zum Tode verurteilt werden, weder um Begnadigung noch um Strafmilderung ersuchen.

Kritiker des Gesetzes weisen darauf hin, dass entsprechende Bestimmungen in den USA, auf die sich die Befürworter berufen, Einstimmigkeit der Geschworenen vorschreiben, während in Israel eine einfache Richtermehrheit ausreichen wird, um ein Todesurteil zu fällen. [...] Kritiker des Gesetzes weisen darauf hin, dass – im Gegensatz zu Regelungen in den USA, auf die sich Befürworter berufen – dort Einstimmigkeit der Geschworenen erforderlich ist, während in Israel eine einfache Mehrheit der Richter für ein Todesurteil ausreicht. Gegner, darunter Adi Rotem, ein ehemaliger hochrangiger Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes, warnen, dass Todesurteile die Gewalt sogar weiter anheizen könnten. Um deren Aussetzung zu erzwingen, könnten Terroristen häufiger Geiseln nehmen. Ein weiterer Kritiker, der Rabbiner Benny Lau aus Jerusalem, bezeichnet das neue Gesetz offen als Rache und als ‚Zirkus der Gewalt, der sich als Sorge um Sicherheit tarnt‘.

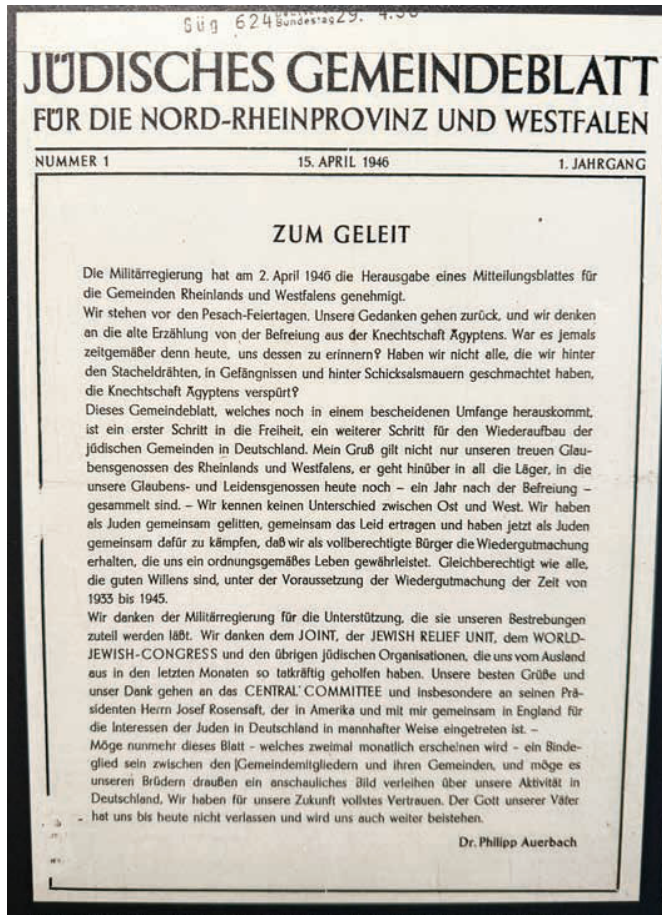
Befürworter hingegen argumentieren, dass Hinrichtungen die Motivation von Gruppen wie der Hamas verringern würden, israelische Geiseln zu nehmen, um sie gegen palästinensische Gefangene auszutauschen. [...] ‚Jedes Mal, wenn wir die Todesstrafe nicht anwenden, ermutigen wir zur Geiselnahme‘, argumentiert Mosche Saada, Abgeordneter der Likud-Partei von Benjamin Netanjahu und Mitverfasser der neuen Vorschriften.“

- **Ein „erster Schritt in die Freiheit“ - 1946 kam das „Jüdische Gemeindeblatt für die Nord-Rheinprovinz und Westfalen“ heraus. 80 Jahre später ist daraus die „Jüdische Allgemeine“ geworden. Im Jubiläumsjahr erhält sie eine Auszeichnung: den Tacheles-Preis. Von Leticia Witte**

Die Schoah war noch kein Jahr vorüber, als in Düsseldorf eine neue Zeitung für die kleine jüdische Gemeinschaft von Überlebenden auf den Markt kam. Rund sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden waren unter dem Nazi-Regime zuvor ermordet worden. Die Presse lag am Boden, jüdische Publikationen durften im Nationalsozialismus nicht erscheinen. Am 15. April 1946 kam dann mit Genehmigung der britischen Militärregierung das „Jüdische Gemeindeblatt für die Nord-Rheinprovinz und Westfalen“ heraus.

80 Jahre und diverse Namenswechsel später: Aus dem Vorläufer „Gemeindeblatt“, das später unter anderem „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ hieß, wurde 2002 die „Jüdische Allgemeine“. Mit dem Berlin-Umzug des Zentralrats der Juden in Deutschland, der die „Jüdische Allgemeine“ als Wochenzeitung herausgibt, kam 1999 auch die Redaktion in die Bundeshauptstadt. Sie gibt die Druckauflage mit knapp 11.000 Exemplaren an, für die Online-Ausgabe monatlich zwischen 2,7 Millionen und 3,5 Millionen Seitenaufrufe.

Blickt man 80 Jahre zurück, stand die Freiheit in der ersten Ausgabe des „Jüdischen Gemeindeblatts für die Nordrhein-Provinz und Westfalen“ im Mittelpunkt eines Geleitwortes von Philipp Auerbach. Darin wird die neue Publikation als „erster Schritt in die Freiheit“ bezeichnet, als



ein „weiterer Schritt für den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland“. Nachzulesen ist das in einer kleinen Ausstellung im Düsseldorfer Stadtteil Benrath, wo die Zeitung seinerzeit produziert wurde.

Die Schau in einem Raum des dortigen Bürgerhauses ist in erster Linie Lilli Marx gewidmet. Die 1921 in Berlin geborene Jüdin schaffte es vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, nach Großbritannien auszureisen. Mit ihrem Mann Karl kehrte sie 1946 nach Deutschland zurück und setzte sich in Düsseldorf für den Wiederaufbau jüdischen Lebens ein – mit einem großen Augenmerk auf der Förderung von Frauen. Zu ihrem vielfältigen Engagement gehörten den Angaben zufolge ab 1946 Spitzenpositionen neben ihrem Mann in der neuen jüdischen Publikation, die unter ihren wechselnden Titeln weitergeführt wurde.

Unter der Leitung des Paares sei die Zeitung zu einem festen Bestandteil der deutschen Presselandschaft geworden, heißt es. Sie erreichte auch eine Leserschaft über die jüdische Gemeinschaft hinaus. Wer wissen möchte, worüber im

Die erste Ausgabe der Zeitung „Jüdisches Gemeindeblatt“ vom 15. April 1946 mit einem Geleitwort von Philipp Auerbach. Foto: Leticia Witte/KNA

Laufe der Zeit berichtet wurde, kann sich in der Ausstellung durch einige alte Exemplare lesen. Da geht es zum Beispiel um Wiedergutmachung nach der Schoah, das Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft, den Blick in die arabische Welt und Gedanken der damaligen Ministerin Rita Süßmuth über ihre Israelreise („Was lernen wir aus dem Holocaust?“).

Andrea Sinn schreibt in ihrem Buch „Jüdische Politik und Presse in der frühen Bundesrepublik“, dass sich Lillis Mann Karl Marx wohl auch in der Rolle „des politischen Sprechers und Repräsentanten jüdischer Interessen“ gesehen habe – er sei somit ein politischer Verleger gewesen. 1949 landete Marx einen Coup: Auf der Titelseite der Zeitung, die bereits „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ hieß, stand ein Interview mit Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), der sich darin laut Sinn „zum ersten Mal öffentlich zur Notwendigkeit der Wiedergutmachung bekannte“.

Auch die heutige „Jüdische Allgemeine“ hat ihren festen Platz in der Presselandschaft. Es gibt in Deutschland auch andere jüdische Publikationen, die „Jüdische Allgemeine“ wurde jedoch die „einzige überregionale jüdische Zeitung in Deutschland von dauerhaftem Bestand“, wie es einmal der Historiker Michael Brenner formuliert hat. Die Redaktion schreibt aus jüdischer Perspektive über Politik und Kultur, berichtet über jüdische Gemeinden im In- und Ausland, über Religion, Antisemitismus, Israel und Promi-Klatsch.

Das „Medium Magazin“ zeichnete den derzeitigen Chefredakteur Philipp Peyman Engel 2023 als Chefredakteur des Jahres aus. Im aktuellen Jubiläumsjahr kommt der Tacheles-Preis hinzu, der der Redaktion am 19. Mai in Berlin verliehen wird. Damit zeichnet der jüdische Verein Werte-Initiative Verdienste um das jüdische Leben in Deutschland aus: „Mit dem Tacheles-Preis würdigen wir Menschen, die Klartext sprechen, einordnen, widersprechen und eine Quelle der Inspiration und des Mutes für unsere Gemeinschaft sind.“ (kna HG 16.04.2026)

- **Protestwelle gegen Hirtenbrief - Ein Hirtenbrief gegen Antisemitismus entfacht in Polen einen beispiellosen Aufstand: Priester verweigern die Verlesung, Gläubige protestieren, und prominente Theologen werfen den Bischöfen sogar Verrat an Christus vor. Der Streit legt tiefe Gräben offen – und stellt die Frage, wie gefestigt die Lehre der Kirche über das Verhältnis zum Judentum wirklich ist. Von Oliver Hinz**

So einen heftigen Streit hat es in der katholischen Kirche in Polen schon lange nicht mehr gegeben: Sehr viele Priester weigerten sich, in ihren Messen einen Hirtenbrief der nationalen Bischofskonferenz zu verlesen, in dem Antisemitismus verurteilt und zu Besuchen in Synagogen eingeladen wird. Anlass des hitzig diskutierten Schreibens war der 40. Jahrestag der historischen Stippvisite von Papst Johannes Paul II. (1978–2005) in der Hauptsynagoge von Rom beim dortigen Oberrabbiner.

Geistliche wie der Professor der Päpstlichen Johannes-Paul-II.-Universität in Krakau, Dariusz Oko, beschuldigten die Bischöfe sogar, mit ihrem Brief praktisch Jesus Christus zu verraten. Der Konflikt legte offen, dass in der Kirche in Polen – sowohl unter den Gläubigen als auch unter den Priestern – die nachkonziliare Lehre über die christlich-jüdischen Beziehungen entweder weitgehend unbekannt ist oder sogar offen abgelehnt wird.

Bessere Aufklärung der Katholiken?

In einem Gastbeitrag für die rechtskonservative Wochenzeitschrift „Do Rzeczy“ schrieb Oko, der Bischofsbrief von März verletze und demütige Katholiken: „Sie fühlen sich von ihren eigenen Hirten verraten, manche weinen sogar noch immer bei der bloßen Erwähnung dieses Textes.“ Er schätzte, dass mehr als 90 Prozent der Mitarbeiter katholischer Hochschulen diesen Brief verurteilen. Auch mehr als 90 Prozent der Pfarrer hätten ihn nicht in ihren Gemeinden verlesen, behauptete der Professor für Kulturphilosophie. Genau ermittelt wurde die Zahl freilich von niemandem. Manche Priester begründeten ihr Ignorieren des Hirtenbriefs damit, die Bischofskonferenz habe dessen Verlesung in den Messen nicht offiziell angeordnet.

Die Jan-Karski-Gesellschaft zog einen Vergleich mit den 1960er Jahren: „Der diesjährige Medienrummel um den Brief der Polnischen Bischofskonferenz an die Gläubigen erinnert in gewisser Weise an die Hetzkampagne der kommunistischen Behörden und der ihnen gehorsamen Medien gegen die Verfasser des Briefs der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe im Jahr 1965.“ 20 Jahre nach dem grausamen Zweiten Weltkrieg stieß der Schlüsselsatz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ auf enormen Widerstand. „Damals wurde den Bischöfen Landesverrat vorgeworfen, heute – man kann es kaum glauben – Verrat an der Lehre, und man beschuldigt sie der Ketzerei“, moniert die Jan-Karski-Gesellschaft.

So viele negative Kommentare zu einem Hirtenbrief wie jetzt hörte auch der Jesuit Grzegorz Kramer (49) noch nie. Das Wort „Juden“ habe bei manchen das geweckt, „was schon immer in ihnen schlummerte und was einer der wichtigen Aspekte dieses Briefes ist, nämlich: Antisemitismus“. Andere sprachen von einer „absurden Welle des Antisemitismus“.

Die Gegner des Hirtenbriefs griffen besonders zwei Aussagen an: „Israel bleibt das auserwählte Volk“ – hierbei berufen sich die polnischen Bischöfe auf das Apostolische Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus (2013-2025). Und: „Dass die Juden Anteil an Gottes Heil haben, steht theologisch außer Frage, doch wie dies ohne explizites Christusbekenntnis möglich sein kann, ist und bleibt ein abgründiges Geheimnis Gottes.“ Dabei handelt es sich um ein wörtliches Zitat aus einer Veröffentlichung der Vatikancommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum zum 50. Jahrestag des Dokuments „Nostra aetate“ des Zweiten Vatikanischen Konzils. Religiöse Reflexion, nicht politische Wertung

Die Bischöfe erfanden also nicht eine neue Kirchenlinie, sondern gaben nur die Lehre der Päpste und Erklärungen des Heiligen Stuhls wieder. Der Hauptinitiator des Hirtenbriefs, der Krakauer Kardinal Grzegorz Ryś, sprach sich deswegen für eine bessere Aufklärung der polnischen Katholiken aus: „Meiner Meinung nach rührt das Missverständnis dieses Briefes daher, dass das, was die Kirche – die katholische Kirche unter der Führung der Päpste – seit 60 Jahren systematisch lehrt, unsere Gläubigen offensichtlich noch nicht erreicht hat.

Dies erfordert vermutlich eine umfassendere Analyse der Gründe dafür. Wir brauchen in der polnischen Kirche eine ernsthafte und kontinuierliche religiöse Unterweisung zu diesem Thema – und vielleicht auch darüber hinaus.“ Zugleich reagierte Ryś auf Vorwürfe, im Hirtenbrief würde die israelische Kriegsführung ausgeklammert. Es handle sich um eine religiöse Reflexion und keine politische Erklärung, betonte er. Wenn man die Bischofsworte politisch interpretiere, sei das „ein schwerwiegender Irrtum“. Eine positive religiöse Sicht auf das Verhältnis der Kirche zum jüdischen Volk schließe eine „kritische Auseinandersetzung mit dem Vorgehen des Staates Israel“ und konkreten Entscheidungen seiner Regierung nicht aus. „Aus christlicher Morallehre betrachtet,

handelt Israel in diesem Krieg falsch“, so der Kardinal, „schon allein deshalb, weil der Krieg gegen den Iran ein Präventivkrieg ist.“

Zugleich wandte sich Ryś entschieden dagegen, im Nahen Osten nur Israel zu kritisieren. Keine Seite verhalte sich anständig. „Man kann Israel nicht kritisieren, ohne die Hisbollah oder die Hamas zu erwähnen, mit denen selbst die arabischen Staaten zu kämpfen haben.“ Es sei eine unzulässige „grobe Vereinfachung, diese politische Debatte allein darauf zu reduzieren, was Israel im Einklang mit Moral und Völkerrecht tut“.

Nur ein einziger weiterer Erzbischof stellte sich öffentlich hinter den Hirtenbrief: Stanisław Budzik von Lublin. Dass ansonsten kein Bischof die teils vulgäre Kritik an der Erklärung und ihren Initiator Ryś zurückwies, ließ Zweifel aufkommen, ob alle Bischöfe wirklich ganz hinter dem Hirtenbrief stehen. (kna HG 30.04.2026)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Theophilos III. hat Israel ungewöhnlich deutlich kritisiert. Während der orthodoxen Weihnachtsfeiern am 7. Januar in Bethlehem sprach er von staatlichen Angriffen auf die Kirchen und fordert besseren Schutz der Menschenwürde. Insbesondere in Jerusalem komme es zu Einschränkungen und Behinderungen beim Zugang zu den christlichen heiligen Stätten und Feiern, sagte der Patriarch und forderte, den noch unter der osmanischen Herrschaft eingeführten Status quo zu wahren, also die seit dem 19. Jahrhundert geltende Ordnung von Rechten, Pflichten und Gepflogenheiten religiöser Institutionen.

Es sei die pastorale wie auch humanitäre Pflicht der Kirche, sich sowohl um die Menschen als auch um das Land zu kümmern, da beide untrennbar miteinander verbunden seien. Dabei habe die Kirche „Zeugnis abgelegt von menschlichem Leid, das bis an seine äußersten Grenzen getrieben wurde“, so der Patriarch bei einem Treffen mit Vertretern aus Kirche und Politik am Weihnachtsabend. Vom Geburtsort Jesu aus stellten sich „grundlegende Fragen nach der Heiligkeit des Lebens und der Bedeutung des Friedens“. Es sei „eine moralische und spirituelle Verpflichtung, das Leben zu schützen, die Religionsfreiheit zu wahren und die Menschenwürde in Jerusalem, Bethlehem, Gaza, Nazareth und im gesamten Heiligen Land zu bewahren“, so der Patriarch.

Ausdrücklich äußerte Theophilos seine Solidarität und Betroffenheit mit den Menschen in der Stadt Taybeh im Bezirk Ramallah, „nachdem extremistische Israelis die Kirche, den Friedhof und Olivenhaine angegriffen hatten“. Deutliche Worte fand der Patriarch auch zur Lage im Gazastreifen. Die Region bleibe „eine offene und blutende Wunde im Gewissen der Welt“. Dort sei die Kirche „bei unserem Volk geblieben, das unter Bombardierungen, Belagerung und Hunger leidet, und hat Zeugnis abgelegt von menschlichem Leid, das bis an seine äußersten Grenzen getrieben wurde“. (kna HG 15.01.2026)

- **Auf der Suche nach Hoffnung - „Ein Land der Verheißung: Begegnung und Dialog mit Menschen der Hoffnung“ – unter dem Motto reisten 13 Bischöfe aus Europa und Nordamerika in das Heilige Land. Es war einer der schwierigsten Besuche für die Gruppe.** *Von Andrea Krogmann*

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert trifft sich die Holy Land Coordination (HLC), eine Gruppe internationaler katholischer Bischöfe aus Europa, USA und Kanada, jährlich im Januar im Heiligen Land. Diesmal kamen vom 18. bis 21. Januar 13 emeritierte und aktive Erzbischöfe, Bischöfe und Weihbischöfe aus Europa, Kanada und den USA. Sie trafen auf Gesprächspartner aus Gemeinden, Kirchen und der Zivilgesellschaft, die Zeugnis ablegten von einer der schwierigsten Zeiten, die die Region und ihre Menschen je erlebt haben.

Während die Bischöfe das Gespräch mit potenziellen Hoffnungsträgern suchte, wurden Beduinen von israelischen Siedlern von ihrem Land vertrieben, Menschenrechtsaktivisten festgenommen und die Zentrale des Palästinenserhilfswerks UNWRA in Ost-Jerusalem zerstört. Die Gefahr eines erneuten Irankriegs hing weiterhin in der Luft, während für mehr als zwei Millionen Palästinenser im Gazastreifen weiterhin jegliche Perspektive fehlt.

Die Zahl der Teilnehmer und der vertretenen Länder bei den Besuchen variiert, wobei viele Bischöfe seit Jahren dabei sind. Auch die Deutsche Bischofskonferenz ist vertreten, in den vergangenen Jahren durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten, Paderborns Erzbischof Udo Markus Bentz.

Unveränderter Auftrag des internationalen Bischofstreffens seit 1998: Erstens den Menschen vor Ort zuhören und ihnen – vor allem den Christen – zu versichern, dass man sie nicht vergessen habe; zweitens nach Heimkehr in die jeweiligen Länder über das Gesehene und Erlebte zu berichten und entsprechende Lobbyarbeit zu leisten. Im Englischen wird das passend alliterierend zusammengefasst in den vier Sinnsäulen „Prayer, Pilgrimage, Pressure, Presence“ (Gebet, Pilgern, Druck, Präsenz).

Am Samstag, noch vor Beginn des offiziellen Programms, begleiteten Comboni-Schwestern die Vorhut der „Heilig-Land-Koordinierung der Bischofskonferenzen zur Unterstützung der Kirche im Heiligen Land“, kurz HLC, zu zwei Beduinengemeinden im Wüstenkorridor zwischen Jerusalem und dem Jordangraben. Ein einfacher Blick ordnete die vermeintlich pastorale Idylle ein in das größere Ganze des Konflikts:

Rohbauten und Caravans auf Beduinenland

Die Hügel, nach winterlichem Niederschlag in zartes Grün getaucht, sind überzogen mit israelischen Siedlungen, solchen, die längst etabliert sind, Rohbauten für Siedlerzuwachs und Provisorien aus Caravans und Wohnmodulen, selbst nach israelischem Recht illegale Außenposten extremistischer israelischer Siedler, teilweise nur wenige hundert Meter von den Beduinen entfernt. In den Weidegrund der Beduinenherden gerammte israelische Fahnen flattern den messianisch-nationalistischen Anspruch der Siedler in den Winterhimmel: Das Land gehört uns, und zwar nur uns.

Die Bischöfe und ihre Begleiter hörten von Beduininnen und Beduinen, was tags drauf und Luftlinie rund 17 Kilometer weiter nördlich palästinensische Christinnen und Christen aus dem letzten rein christlichen Dorf Taibeh und noch einen Tag später jüdisch-israelische Aktivisten der Organisation „Rabbiner für Menschenrechte“ (RHR) bei einem Treffen in Jerusalem bestätigten: Noch nie waren Israelis und Palästinenser so weit von einer friedlichen Lösung des Konflikts entfernt. Noch nie standen jene, die nicht der jüdisch-israelischen Mehrheit angehören und jene aus der jüdisch-israelischen Mehrheit, die an ein friedliches Miteinander und vor allem an gleiche Rechte und gleiche Würde für alle im Land glauben, so sehr unter Druck.

Aktivismus sei niemals bequem, und doch stehe die Uhr der Welt auf Zeit für Aktivismus, formulierte es Anton Goodman, Partnerschaftsdirektor bei den Rabbinern für Menschenrechte. Es sei an der Zeit, die eigene Komfortzone zu verlassen und Gutes zu tun. Rabbiner Michael Marmur, Professor für jüdische Theologie am Hebrew Union College in Jerusalem, und Mitglied des Rates der Rabbiner für Menschenrechte, sprach von apokalyptischen Zeiten.

Er könne sich nicht daran erinnern, dass er in dem nie wirklich krisenfreien Land je eine „so extreme Situation wie in den letzten zwei, drei Jahren“ erlebt habe. Das Ausmaß der Gewalt sei ohne Beispiel, die Straflosigkeit für die Täter ein weiteres Indiz für die Erosion von Werten, Recht und Ordnung, sagen beide.

„Ihr müsst handeln. Ihr müsst alle eure Kanäle dazu nutzen, mehr Druck auf Israel auszuüben, damit diese Situation aufhört“, forderte die Gemeinde von Taibeh. Das Dorf muss inzwischen aus allen Himmelsrichtungen Siedlerattacken aushalten; und an seinen Zufahrtsstraßen wie in quasi allen palästinensischen Orten führen israelische Soldaten und willkürlich schließbare Metallbarrieren den unhaltbaren Zustand der anhaltenden Besatzung konstant vor Augen. Die Menschen bräuchten jede Unterstützung, die sie bekommen können, moralisch, physisch, diplomatisch, hieß es nach der gemeinsamen Sonntagsmesse.

Der streitbare lateinische Alt-Patriarch von Jerusalem, Michel Sabbah, der – selbst wenn er inzwischen weniger vor die Medien tritt – auch mit 92 Jahren noch zu den am deutlichsten positionierten kirchlichen Stimmen im Heiligen Land gehört, nahm vor den westlichen Amtsbrüdern kein Blatt vor den Mund. Wenn Israel als Land in Nahost überleben wolle, müsse es seine Haltung gegenüber den Palästinensern dringend ändern. „Entweder gibt es eine Zwei-Staaten-Lösung oder es gibt keine Zukunft für Israel hier“, sagte der palästinensische Geistliche. Angesichts der aussichtslosen Lage setze er auf ein Eingreifen Gottes in den Konflikt, der „eine Veränderung in diesem Land bewirken“ werde, sei es über einen Weltkrieg und die völlige Zerstörung, oder aber „einen anderen Weg, bei dem wir mehr Mitgefühl zeigen“.

Besuche mit Déjà-Vu-Erlebnissen

Besuche in Pfarreien, Gespräche mit Vertretern von Kirchen, Hilfswerken, Friedensorganisationen: Dass sich die HLC-Programme von Jahr zu Jahr ähneln bis hin zum Déjà-Vu manches Teilnehmers, führt den wiederkehrenden Gästen die rapide Verschlechterung der Lage anschaulich vor Augen. Bei drei Besuchen in Taibeh innerhalb eines Jahres habe er erleben müssen, wie

sich die Situation im Schatten des Gazakrieges „durch Bedrängnis und Angriffe durch radikale israelische Siedler“ zugespitzt habe – nicht nur in Taibeh, sondern auch in vielen muslimischen Dörfern in der Umgebung, sagte Erzbischof Udo Markus Bentz der KNA.

„Demütige Präsenz“ und Hilferufe

In einer Zeit, in der über das Heilige Land zu oft abstrakt gesprochen werde oder aber es auf politische Narrative reduziert werde, wollten die ausländischen Bischöfe der Holy Land Coordination etwas anderes tun: eine „demütige Präsenz“ zeigen, in der das Zuhören vor dem Sprechen stehe. Der Schrei der Gesprächspartner vor Ort ist unterdessen unüberhörbar: Tut etwas! Bevor es zu spät ist!!

- **Dokumentation: Bischofstreffen im Heiligen Land**

Vom 17. bis 21. Januar reiste eine Delegation mit 13 europäischen und nordamerikanischen Bischöfen nach Israel und ins Westjordanland. Es war der 25. Besuch dieser Art. In ihrer Abschlusserklärung fassen sie ihre Eindrücke zusammen, berichten von verzweifelten Menschen und solchen, die sich nach wie vor für Verständigung und Dialog einsetzen. Wir veröffentlichen den Text in der offiziellen deutschen Übersetzung der Deutschen Bischofskonferenz.

Abschlusskommuniqué der Teilnehmer des 25. Internationalen Bischofstreffens für Solidarität mit den Christen im Heiligen Land

„Ihr seid das Salz der Erde, ihr seid das Licht der Welt“ (Mt. 5,13.14)

Unsere Pilgerreise führte uns in ein Land, in dem die Menschen unter einem Trauma leiden. Wir begannen mit einem Besuch bei den Beduinen, die im besetzten Westjordanland am Rande der Gesellschaft leben. Sie berichteten von ihren Erfahrungen mit einem Leben an der gesellschaftlichen Peripherie, wo sie zwar beobachtet werden, aber oft nicht auftauchen, da ihre Bewegungsfreiheit durch die sich rasch ausbreitenden Siedlungen auf den umliegenden Hügeln stark eingeschränkt ist.

Wir hörten Geschichten über Angriffe israelischer Siedler und ihre ständige Gewalt und Einschüchterung, den Diebstahl von Vieh und die Zerstörung von Eigentum, so dass viele aus Angst vor weiterer Gewalt nachts nicht schlafen können. Als wir sie fragten, wer ihren Kampf und ihren Schrei nach einem Leben in Frieden mit ihren Nachbarn sieht, antworteten sie: „Niemand sieht uns.“

Unsere Reise setzte sich fort mit einem Besuch in Taibeh. Dort berichteten Menschen uns von ihrem Leid: endlose Angriffe extremistischer Siedler, das Abholzen ihrer Olivenbäume, die Beschlagnahmung ihres Landes und Einschüchterungsversuche, die ihr tägliches Leben unerträglich machen und viele in die Massenauswanderung treiben.

In den zwölf Monaten seit unserem letzten Besuch wurde das Land der Verheißung immer weiter verkleinert und in Frage gestellt. In Gaza herrscht nach wie vor eine katastrophale humanitäre Krise. Die Menschen im Westjordanland, denen wir begegnet sind, sind demoralisiert und verängstigt. Die mutigen israelischen Stimmen, die sich für die Menschen- und Bürgerrechte einsetzen, werden zunehmend bedroht; das Eintreten für die marginalisierten Stimmen ist eine kostspielige Solidarität. Wir befürchten, dass auch sie bald zum Schweigen gebracht werden.

Als Christen ist es unsere Berufung und Pflicht, den Stimmlosen eine Stimme zu geben und Zeugnis von ihrer Würde abzulegen, damit die Welt ihr Leid erkennt und sich für Gerechtigkeit und Mitgefühl einsetzt.

„Wir fordern unsere Regierungen außerdem auf, Druck auf Israel auszuüben, damit es die auf Regeln basierende internationale Ordnung einhält.“

Die völkerrechtlich illegalen Siedlungen im Westjordanland dehnen sich weiter aus, indem sie sich das Land anderer aneignen. Die Universalität der Menschenrechte gilt für alle, ohne Ausnahme. Stattdessen wird sie unerbittlich durch ein System ersetzt, in dem Würde und Schutz vom zivilen Status abhängen.

Wir bejahen das Existenzrecht Israels und das Recht der Israelis, in Frieden und Sicherheit zu leben. Ebenso fordern wir, dass diese Rechte für alle, die in diesem Land verwurzelt sind, gewahrt werden. Wir hoffen, dass die Friedensbemühungen über die Gewalt siegen werden und dass es keine weiteren Terrorakte und Kriege geben wird. Wir fordern unsere Regierungen außerdem auf, Druck auf Israel auszuüben, damit es die auf Regeln basierende internationale Ordnung einhält und zielgerichtete Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung zum Nutzen und zur Sicherheit aller wieder aufnimmt.

„Wir wurden Zeuge des Mutes jener jüdischen und palästinensischen Stimmen, die sich ... weiterhin für Gerechtigkeit, Dialog und Versöhnung einsetzen.“

Wir waren tief bewegt vom Glauben und der Standhaftigkeit der Christen vor Ort und auch von Menschen anderer Glaubensrichtungen, die sich dafür einsetzen, die Hoffnung ihrer Gemeinden aufrechtzuerhalten. Sie erinnern uns daran, dass es unsere gemeinsame Berufung ist, „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ zu sein und uns für eine friedliche Koexistenz und Sicherheit im gesamten Heiligen Land einzusetzen.

Wir wurden auch Zeuge des Mutes jener jüdischen und palästinensischen Stimmen, die sich trotz immenser Herausforderungen und ihrer eigenen Traumata weiterhin für Gerechtigkeit, Dialog und Versöhnung einsetzen. Von Eltern zu hören, die ein Kind durch den Konflikt verloren haben und dennoch einen Weg zur Vergebung finden, ist ein starkes Zeugnis für die Möglichkeit von Frieden und Versöhnung. Es gibt nur wenige Erfahrungen, die erschütternder sind. Wenn eine solche Mutter oder ein solcher Vater für ein Ende der Gewalt plädiert, muss die Welt zuhören – und handeln.

Die Menschen im Heiligen Land schreien nach unserer Hilfe und unseren Gebeten; sie sehnen sich nach einem Ende ihres Leidens: Stehen Sie an ihrer Seite. Erkennen Sie ihr Flehen nach Würde an. Helfen Sie, einen echten Dialog zwischen den Gemeinschaften zu fördern. Folgen Sie dem Aufruf von Kardinal Pierbattista Pizzaballa, dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, zu einer Pilgerreise als Zeichen unserer Liebe, Unterstützung und Solidarität mit ihnen.

Wenn wir dieses Land verlassen, tun wir dies mit einem Herzen voller Mitgefühl für die Leidenden und inspiriert von denen, die durch ihr Streben nach Gerechtigkeit die Hoffnung auf Frieden am Leben erhalten. Unsere Liebe Frau, Königin Palästinas und des ganzen Heiligen Landes, bitte für uns. (kna HG 22.01.2026)

- **Kirchen warnen vor einem „christlichen Zionismus“ - Schädlich, irreführend und eine Gefahr für die Einheit: So bezeichnen Kirchenvertreter im Heiligen Land den „christlichen Zionismus“ – und warnen vor Konsequenzen für das christliche Leben vor Ort. Von Nikolaj Thon**

Patriarchen und Vorsteher mehrerer Kirchen in Jerusalem haben vor den Folgen eines „christlichen Zionismus“ in Nahost gewarnt. Sie verurteilen diesen als „schädliche Ideologie“, die die Einheit der christlichen Gemeinschaften im Heiligen Land bedrohe. Auch diene sie externen politischen Agenden auf Kosten der einheimischen christlichen Präsenz. Eine solche Ideologie führe die Öffentlichkeit in die Irre, stifte Verwirrung und gefährde die „Einheit unserer Herde“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung vom 17. Januar. Die Patriarchen und Kirchenvertreter verwiesen auf „Aktivitäten von Einzelpersonen vor Ort“, ohne allerdings konkrete Vorfälle zu nennen. Diese Aktivitäten fänden jedoch „Anklang bei bestimmten politischen Akteuren in Israel und darüber hinaus ...“, die eine politische Agenda verfolgen“. Das sei sehr besorgniserregend.

Auch sei ein solches Vorgehen eine Einmischung in das innere Leben der Kirchen und missachte die den Patriarchen und offiziellen Kirchenvertretern in Jerusalem obliegende pastorale Verantwortung, hieß es weiter. Sie alleine würden die Kirchen und ihre Gläubigen in allen Angelegenheiten des christlichen religiösen, gemeinschaftlichen und pastoralen Lebens im Heiligen Land vertreten.

Pro-israelische evangelikale Netzwerke

Mit Blick auf die Zukunft warnten die Unterzeichner außerdem: Die Bestrebungen könnten die christliche Präsenz im Heiligen Land und im gesamten Nahen Osten beeinträchtigen. Die Patriarchen und Vorsteher nahmen daher „mit Besorgnis zur Kenntnis, dass diese Personen sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene auf offizieller Ebene willkommen geheißen wurden“.

Das Dokument richtet sich augenscheinlich gegen wachsende Bemühungen pro-israelischer evangelikaler Netzwerke, in der Region Fuß zu fassen und dabei auch unter einheimischen Kirchen und deren Gläubigen zu missionieren. Diese Einmischung sei in den letzten zehn Jahren zunehmend sichtbar und politisch einflussreich geworden. Solche evangelikalen Gruppen mit einseitig prozionistischen Positionen missachteten die jahrhundertlange verwurzelte kirchliche Präsenz im Heiligen Land.

Vor allem in den Vereinigten Staaten, aber auch bei evangelikalen Gruppen in Deutschland, ist laut Beobachtern ein Phänomen feststellbar, das Nahost-Kirchenführer als „christlichen Zionismus“ beklagen. Dieser gilt als eine politische Theologie, welche die Rückkehr der Juden in das historische Palästina mit biblischen Prophezeiungen in Verbindung bringt. Verbunden wird damit oft eine unerschütterliche und umfassende politische Unterstützung für den Staat Israel und das Handeln seiner Regierung, auch im Hinblick auf die Geschehnisse im Gazastreifen. Palästinen-

sische Theologen und Kirchenführer verurteilen die evangelikale Präsenz als „theologischen Kolonialismus“, der das Christentum verzerre, palästinensische Christen zu marginalisieren drohe und vor allem den Expansionismus israelischer Siedler vorbehaltlos unterstütze.

Die jüngste Erklärung der Kirchenführer ist nicht die erste ihrer Art. Bereits vor 20 Jahren wurde vom lateinischen Patriarchen zusammen mit den Führern der syrisch-orthodoxen, anglikanischen und lutherischen Kirchen eine „Jerusalem Erklärung zum christlichen Zionismus“ veröffentlicht. Diese definierte christlichen Zionismus als „eine moderne theologische und politische Bewegung, die die extremsten ideologischen Positionen des Zionismus vertritt und damit einem gerechten Frieden in Palästina und Israel abträglich ist“.

Diese Anschauung setze das Evangelium mit der Ideologie des Imperiums, des Kolonialismus und des Militarismus gleich. In extremer Form lege es „den Schwerpunkt auf apokalyptische Ereignisse, die zum Ende der Geschichte führen, anstatt heute die Liebe und Gerechtigkeit Christi zu leben“. (kna HG 29.01.2026)

- **Europäische Rabbiner diskutieren interreligiösen Dialog in Jerusalem.** Kein Frieden ohne Religion, kein Dialog ohne starke Identität: Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion der Generalversammlung der orthodoxen Europäischen Rabbinerkonferenz (CER) in Jerusalem. Die Verbundenheit mit dem Schöpfer sei „der einzige Weg“, untereinander Verbindungen zu schaffen, sagte der israelische Minister für Jerusalem-Angelegenheiten und Kulturerbe, Amichai Eljahu, von der rechtsextremen Partei „Jüdische Stärke“.

Zwar könne Religion missbraucht werden, um Extremismus zu stärken, jedoch könne Religion nicht mit Extremismus gleichgesetzt werden, so Eljahu. Der Kommunismus etwa sei ein Beispiel dafür, dass Extremismus ohne Religion auskomme. Der rechtsextreme Politiker kritisierte das „westliche Konzept der Mediation“, in dem Dialog darauf beruhe, dass jeder so viel von seiner Identität aufgebe, bis man sich in einer nebulösen Leere befinde. Interreligiöser Dialog dürfe nicht auf der Vorliebe für ein Glas Wasser oder für Falafel als kleinstem gemeinsamen Nenner beruhen. Eljahu plädierte stattdessen für eine starke Identität der Gesprächspartner, die zu einer intensiven Diskussion und schließlich zu tiefen Verbindungen führe.

Auch der reformierte deutsche Theologe und Religionswissenschaftler Thomas Paul Schirmacher kritisierte die verbreitete Suche nach einem kleinsten gemeinsamen Nenner, der durch jeden neuen Teilnehmer im interreligiösen Dialog „immer kleiner“ werde. Er forderte die Religionen auf, für ihre Wahrheit einzustehen und zu ihrer Identität zu stehen. Schirmacher, der weiten Teilen „auch der christlichen Welt“ vorwarf, nach dem Hamas-Angriff auf Israel aus dem Opfer Israel einen Täter gemacht zu haben, warb für ein „Abraham-Abkommen“ der Religionen, analog zu den von Israel initiierten politischen Abraham-Abkommen.

Das interreligiöse Panel „Glaube, Sicherheit und friedliches Zusammenleben“, an dem ursprünglich auch das spirituelle Oberhaupt der Drusen in Israel, Scheich Mowafak Tarif, sowie der Lateinische Patriarchalvikar für Israel, Bischof Rafic Nahra, als katholischer Vertreter teilnehmen sollten, war Teil des Programms der 33. CER-Generalversammlung, die bis Mittwoch dauert. Ursprünglich hätte sie im vergangenen November in der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku stattfinden sollen, war aber wegen Bedrohungen aus dem Iran abgesagt und schließlich nach Jerusalem verlegt worden.

Die CER vertritt nach eigenen Angaben rund 1.000 Mitglieder und 800 aktive Rabbiner. Sie wurde 1956 in Großbritannien gegründet, mittlerweile hat sie ihren Hauptsitz in München. CER Präsident ist der ehemalige Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt, der auch Träger des Internationalen Aachener Karlspreises ist. (kna HG 29.01.2026)

- **Viele Worte, wenig Taten - Im Schatten des Terrorangriffs der Hamas im Oktober 2023 und des folgenden gut zweijährigen Gaza-Kriegs hat sich im Westjordanland die Gewalt israelischer Siedler gegen Palästinenser gesteigert. Internationale Mahnungen sind bisher wirkungslos. Dabei kritisieren auch Israelis, was dort passiert.** *Von Andrea Krogmann*
Kaum ein Monat vergeht, in dem israelische Besatzung, Siedlungsbau und Siedlergewalt nicht Thema einer Regierungspressekonferenz in Berlin sind. Erklärungen des Auswärtigen Amtes (AA) und europäischer Partner halten gebetsmühlenartig fest: Der israelische Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten ist illegal. Er verstößt gegen das Völkerrecht, das Recht auf Selbstbestimmung der Palästinenser, ist ein Hindernis für eine friedliche Lösung des Konflikts und Garant für weitere Instabilität der Region. Zweiter Satz des europäischen Credo für Nahost: An einer Zwei-Staaten-Lösung führt kein Weg vorbei. Trotzdem tut Israel alles, um eine Zwei-Staaten-Lösung zu verhindern – auch und vor allem durch Siedlungsbau.

„Die Bundesregierung ruft die israelische Regierung immer wieder dazu auf, den Siedlungsbau komplett einzustellen. Das können Sie auch in Statements und Äußerungen nachlesen, die wir in der Vergangenheit (...) abgegeben haben“, so ein Sprecher des AA am 22. Dezember. Tatsächlich: „Die Bundesregierung ruft die israelische Regierung zur sofortigen Einstellung des Siedlungsbaus auf“ (12. Dezember), „die Bundesregierung ruft die israelische Regierung dazu auf, den Siedlungsbau einzustellen“ (14. August), „wir haben daher stets zum Ausdruck gebracht, dass wir die Ausdehnung der Siedlungen ablehnen, und rufen wie schon in früheren Fällen die Regierung Israels nachdrücklich dazu auf, diese Entscheidung zurückzunehmen“ (11. Juli 2024). Es ließe sich weit zurückgehen in der Vergangenheit. Viele Erklärungen später ist der Siedlungsbau fortgeschritten wie nie, und ist Israels Regierung aktiver Teil der Siedlungsbewegung. Nicht weniger als vier Ministerinnen und Minister, gestellt durch die rechtsextremen Parteien „Religiöser Zionismus“ und „Jüdische Stärke“, sind Siedler; weitere sitzen in den Reihen der Koalition.

Unter der rechtesten je gewählten israelischen Regierung und im Klima nach dem brutalen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, wurden laut der israelischen Organisation „Peace Now“ in den vergangenen 28 Monaten der Bau von 40.000 neuen Siedlerwohnungen vorangetrieben und 68 neue Siedlungen genehmigt. Im selben Zeitraum entstanden 182 neue, selbst nach israelischem Recht illegale Siedlungsaußenposten. Der „neue Höchststand“ sei „Anlass zu großer Sorge“, so ein Sprecher des AA am 12. Dezember.

Im Schatten des „schwarzen Schabbat“ und des folgenden Mehrfrontenkrieges ist auch die Gewalt israelischer Sicherheitskräfte und extremistischer Siedler gegen palästinensisches Eigentum und Leben explodiert. Allein durch Militärrazzien in Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlandes wurden rund 20.000 Palästinenser aus ihren Wohnungen vertrieben.

Zwischen 1. Januar und 31. Dezember 2025 sind laut dem UN-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) 1.658 Palästinenser durch Siedlergewalt und Zugangsbeschränkungen vertrieben worden – ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr, mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Vorkriegsjahr 2022. Etwa 100 Beduinenhaushalte aus fünf Gemeinschaften sind allein in der zweiten und dritten Januarwoche wegen Angriffen, Drohungen und Einschüchterungen geflohen. Die Zahl der Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser, die zu Sachschäden und/oder Opfern führten, gab das UN-Büro für 2025 mit 1.828 an.

Auch Zahlen der Armee belegen den Anstieg

Die offiziellen Zahlen der israelischen Armee (IDF) sind niedriger. Doch auch sie zeigen von 2024 nach 2025 einen Sprung nach oben. „Im vergangenen Jahr haben sowohl die Häufigkeit als auch die Schwere nationalistischer Straftaten zugenommen“, erklärte die IDF auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Aus Armeekreisen hieß es, die Zahl sei von 680 auf 860 gestiegen. Im Jahr des Kriegsbeginns lag sie bei der Höchstzahl von 1.050 Angriffen israelischer Siedler auf Palästinenser.

„Diese Praktiken müssen aufhören“, sagt Deutschlands Chefdiplomatin bei den Palästinensern, Anke Schlimm, auf „X“ (15. Januar). Sie spricht über das jüngste Opfer der Siedler – das Beduinen Dorf Ras Ein al-Auja bei Jericho, über eskalierende Gewalt, Zwangsvertreibung und Völkerrechtsverletzungen. Zwölf Tage nach dem Post floh die letzte von etwa 120 Beduinenfamilien vor den Siedlern.

Im Dezember 2023 kündigte der damalige US-Außenminister Antony Blinken Sanktionen gegen Israel an, die an Gewalttaten in den besetzten Gebieten beteiligt sind. US-Präsident Trump machte das als eine der ersten Amtshandlungen nach seiner Wiederwahl rückgängig. Noch aus der ersten Präsidentschaft stammt das Ausscheren der USA aus dem internationalen Konsens: Seit November 2019 betrachtet Washington Siedlungen nicht mehr grundsätzlich als illegal oder ein Hindernis für den Frieden.

Kanada, Japan, Großbritannien, die EU und andere europäische Länder erließen eigene Sanktionen. Der Europäische Rat „verurteilt aufs Schärfste die massive Zunahme der Gewalt durch Siedler gegen palästinensische Zivilisten, einschließlich der Gewalt gegen christliche Gemeinschaften, sowie die Politik und die Drohungen der gewaltsamen Vertreibung und Annexion im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem“.

Im September 2025 forderte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, „extremistische Minister und gewalttätige Siedler zu sanktionieren“. Manchen Staaten ginge dies nicht weit genug, anderen zu weit, beschrieb sie die Untätigkeit der EU abseits verbaler Verurteilungen: Die EU ist im Umgang mit Israel tief gespalten, die Palästinenser sind angesichts der Gewalt allein.

1.872 Angriffe im Januar zählte die palästinensische „Kommission für Widerstand gegen Kolonisierung und Mauerbau“ laut der palästinensischen Regierung, 1.404 Angriffe durch „die israelischen Besatzungstruppen“, 468 durch „die Kolonisatoren“: „bewaffnete Überfälle auf palästinensische Dörfer (...), Hinrichtungen auf dem Feld, Vandalismus, Planieren von Land, Entwurzeln von Bäumen, Beschlagnahmung von Eigentum und Errichtung von Sperren“. Es sei „eine ethische Verpflichtung“ für israelische Sicherheitskräfte, unbeteiligte Zivilisten zu schützen und „nicht tatenlos zuzusehen“, mahnte am 4. Februar Eyal Zamir. Der israelische Armeechef verwies auf nationalistische Verbrechen und gewalttätige Gruppen, ohne das Phänomen Siedlergewalt wörtlich zu nennen.

Der General mahnt – aber ohne Autorität

Zamir mahnte damit vor allem seine eigenen Untergebenen, mit triftigem Grund, aber offenbar ohne Autorität: Deutlich häufiger als Strafverfolgung bei Siedlergewalt sind Dokumentationen, die belegen, dass Soldaten im besten Fall tatenlos zusehen. Nicht selten zielen ihre Akte auf die Geschädigten oder jene, die sie zu schützen suchen: Aktivisten aus dem In- und Ausland.

Dass im Nachgang des 7. Oktober 2023 tausende Reservisten aus Siedlerkreisen in den „Hagmar“-Truppen – nach dem hebräischen Akronym für Regionalverteidigung – vereint wurden, ließ Kritiker wie die Veteranengruppe „Breaking the silence“ von „vigilantes“ sprechen: von Selbstjustiz übenden Milizen, die vermeintlich Recht und Ordnung suchen. Eine Unterscheidung zwischen Siedlern und Armee, Armee und Siedlern ist im Westjordanland oft unmöglich geworden.

„Mehr als 90 Prozent der Fälle ideologischer Straftaten von Juden gegen Palästinenser werden ohne Anklage eingestellt, und die Verurteilungsquote ist vernachlässigbar“, sagt Reem Cohen, Forscher am israelischen Institut für Nationale Sicherheitsstudien (INSS). Cohen spricht von „Zerstörung und Angst“, verursacht durch „Banden extremistischer Jugendlicher“. Das Ziel: „Die Präsenz der Palästinenser vor Ort unhaltbar zu machen und vor allem diejenigen, die in Gebiet C leben, zu vertreiben und zur Migration zu zwingen.“

Siedlungsausbau um Ramallah nimmt zu

Die Oslo-Abkommen (1995) teilen das besetzte Westjordanland in die Gebiete A, B und C. Erstere stehen vollständig unter palästinensischer, letztere unter voller israelischer Kontrolle. In B ist Israel für die Sicherheit, Ramallah für Ziviles zuständig. Vor allem die C-Gebiete, in denen es keine offizielle Handhabe der ohnehin schwachen Palästinensischen Behörde gibt, sind Ziel der Übergriffe.

Aber nicht nur: „Angesichts der effektiven Umsiedlung kleiner, relativ isolierter Bauerngemeinden“ in den C-Gebieten würden die Bemühungen auf städtische B-Gebiete ausgeweitet, sagt die israelische Menschenrechtsgruppe „BTselem“. Etwa auf den Großraum Ramallah. Dort habe die Gründung neuer Siedlungsaußenposten „stark zugenommen, begleitet von einer erheblichen Eskalation der Gewalt“. Die „ethnische Säuberung“ im Westjordanland sei „staatliche Politik“, beklagt BTselem und verweist auf eine systematische Unterstützung der Gewalt der Siedler durch israelische Behörden.

Längst habe sich die Gewalt von „marginalen, lokal begrenzten Vorfällen zu einem weit verbreiteten Phänomen entwickelt“, gegen die der Staat „keine entschlossenen Maßnahmen ergriffen“ habe und dem die israelische Öffentlichkeit „weitgehend gleichgültig gegenübersteht“, so Reem Cohen vom INSS.

Nach den Worten von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu geht es nur um „eine Hand voll Kinder“, etwa 70, wie er zum Jahreswechsel im Interview mit dem US-amerikanischen Sender „Fox“ die Brandschatzung palästinensischen Guts nannte. Diese stammten nicht einmal aus dem besetzten Westjordanland, dafür aber aus zerbrochenen Familien. Der Regierungschef schwor, er werde der „Selbstjustiz“ ein Ende setzen. Die Angriffe halten unterdessen an. Ras Ein al Auja ist das prominenteste Beispiel.

Ein positives Urteil mit ungewisser Umsetzung

Im Fall des Beduinendorfes hat das oberste Gericht Israels – fast ein Jahr nach Einreichung der Petition und nach der Flucht der letzten Bewohner – Staat und Sicherheitskräfte angewiesen, den Beduinen Schutz vor den enthemmten Siedlern zu garantieren. Dass mit dem stellvertretenden Gerichtspräsidenten Noam Solberg einer der konservativsten Richter des Landes das Urteil mit fällt, lässt aufforchen. Die Pessimisten unter den Beobachtern wissen jedoch: Mehrfach hat das Gericht den Staat in den letzten Jahren angewiesen, vertriebenen Palästinensern die Rückkehr zu sichern. Passiert ist bisher nichts. (kna HG 12.02.2026)

- **Zum Ramadan erinnert das jordanische Königshaus an seine Rolle als traditioneller Hüter der islamischen und christlichen Stätten Jerusalems. Parallel sollen tausende israelische Polizisten für Ordnung und Sicherheit sorgen. Das betreffe vor allem die Zugänge zur Al-Aksa-Moschee.** *Von Roland Juchem*

Zum Beginn des Ramadan hat der jordanische Prinz Hassan ibn Talal das traditionelle religiöse Gleichgewicht des Status quo von Jerusalem angemahnt. „Jahrzehntelang ruhte Jerusalem in einem fragilen Gleichgewicht, das nicht durch Gewalt, sondern durch überlieferte Praktiken, anerkannte Grenzen und ein gemeinsames Ethos der Zurückhaltung aufrechterhalten wurde“, schrieb er in einem Beitrag für das Portal moderndiplomacy.eu am Sonntag.

Derzeit jedoch zerbreche dieses Gleichgewicht. Glaube, so der Prinz, werde zunehmend politisch mobilisiert und heilige Stätten seien Orte der Konfrontation. In der Stadt fänden tiefgreifende Veränderungen statt, ohne dass dagegen in nennenswerter Weise rechtlich oder politisch vorgegangen werde. Prinz Hassan ibn Talal (68) ist der Onkel des jetzigen jordanischen Königs Abdullah II. Er ist bekannt für einen toleranten Islam und sein Engagement des interreligiösen Dialogs in multilateralen Organisationen und Stiftungen.

Warnung vor Störungen an Al-Aksa-Moschee

Mit Blick auf den islamischen Fastenmonat Ramadan, der an diesem Donnerstag (19. Februar) beginnt, warnte Hassan: „Jede Störung an der Al-Aksa-Moschee hat eine Bedeutung weit über die Stadt hinaus und findet ein Echo bei Muslimen auf der ganzen Welt.“ Dabei erinnert er an die Verantwortung des Haschemitischen Königshauses für die heiligen Stätten von Muslimen und Christen. Entsprechend müsse für den heiligen Platz von Al-Aksa die zentrale Bestimmung gewahrt bleiben, wonach „Muslime (dort) beten und Nichtmuslime (sie) besuchen“. Diese Maßnahmen hätten in der Vergangenheit funktioniert, wenn sie konsequent und frühzeitig und nicht erst reaktiv angewendet wurden.

Tausende Polizisten rund um Tempelberg

Am Montag hatte die israelische Polizei bekanntgegeben, während des Ramadans tausende Beamte rund um den Tempelberg sowie in und um die Jerusalemer Altstadt einzusetzen. Man werde „keinerlei Toleranz gegenüber Personen zeigen, die den Ramadan ausnutzen, um zu Gewalt anzustacheln, die öffentliche Ordnung zu stören oder Fake News zu verbreiten mit dem Ziel, Spannungen zu schüren“. Ziel sei es, allen den Besuch der heiligen Stätte zu ermöglichen und dabei ein Gleichgewicht zwischen Religionsfreiheit und der Wahrung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung zu erreichen.

Im Rahmen des unveränderten Status quo sollen demnach auch Nichtmuslime den Tempelberg „zu den üblichen Zeiten und entsprechend der üblichen Praktiken“ besuchen können. Muslime, die israelische Staatsbürger sind, sollen den Haram al-Scharif, so der arabische Name des Tempelbergs, demnach ohne Einschränkungen besuchen können. Keine Angaben machte die Polizei zu Zugangsbeschränkungen für palästinensische Muslime aus den besetzten Gebieten sowie aus Ostjerusalem. Die Festlegung der Kriterien für Genehmigungen obliege der Regierung.

Demgegenüber mahnte Prinz Hassan, Jerusalem sei „in erster Linie eine moralische Verpflichtung, die alle möglicherweise auftretenden Sicherheitsfragen überlagert“. Der bisherige Status quo habe den Frieden weitgehend wahren können, weil „etablierte Praktiken, religiöse Zeiten und historische Verantwortlichkeiten geachtet worden seien.

Zunehmend aber würden in der Heiligen Stadt Grenzen gezogen: sichtbare wie Kontrollpunkte, Barrieren und Sicherheitseinrichtungen, aber auch unsichtbare Grenzen wie Verwaltungsbeschränkungen, selektive Zugänge und die beständige Fragmentierung von Identität und Zugehörigkeit. Es entstünden bestimmte Gebiete für Israelis, andere für Palästinenser, „so dass nur wenige Räume übrig bleiben, in denen sich alle auf Augenhöhe, in Freiheit und Würde begegnen können. So verliert Jerusalem nach und nach seinen Charakter als Stadt, die allen gemeinsam ist.“ Der traditionelle Status quo gilt insbesondere für den Platz vor der Klagemauer am Fuß des Tempelbergs der Juden, oben auf dem Haram al-Scharif, mit Felsendom und Al-Aksa-Moschee sowie für christliche Stätten wie die Grabeskirche.

Dieser Status quo, so Hassan ibn Talal, habe „nie beabsichtigt, eine Glaubensgemeinschaft gegenüber einer anderen zu privilegieren, sondern sicherzustellen, dass keine einzelne Gruppe ihren Willen an einem Ort durchsetzen kann, der von vielen verehrt wird“. Stärke und Legitimität des Status quo beruhten auf Vertrauen, Kontinuität und Respekt, um den jeweiligen heiligen Ort „vor Triumphalismus, Provokation und Entweihung“ zu schützen. (kna HG 19.02.2026)

- **Streit um Geburtsgrotten-Restaurierung in Bethlehem**

Die geplante Restaurierung der Geburtsgrotte Jesu in Bethlehem sorgt für Streit zwischen den christlichen Kirchen. Das armenische Patriarchat wirft der katholischen Franziskanerkustodie des Heiligen Landes und dem griechisch-orthodoxen Patriarchat von Jerusalem vor, einseitig vorzugehen und die Armenier an den Rand zu drängen. Ende Januar hatten die beiden Kirchen in einer gemeinsamen Erklärung mitgeteilt, dass die Grotte innerhalb der Geburtskirche restauriert werde. Auch das armenische Patriarchat und die palästinensischen Behörden seien beteiligt, hieß es. Nach Darstellung der Armenier geschieht dies jedoch nicht auf Augenhöhe.

Die Geburtsgrotte wird nach einer jahrhundertealten Vereinbarung gemeinsam von drei Gemeinschaften verwaltet: der griechisch-orthodoxen Kirche, der armenisch-apostolischen Kirche und der römisch-katholischen Kirche. Diese Regelung sieht gleiche Rechte und Mitbestimmung bei allen Entscheidungen vor, auch bei Restaurierung und Öffentlichkeitsarbeit.

Kritisiert wird unter anderem, dass die Armenier in der jüngsten katholisch-orthodoxen Erklärung nur als „kooperative“ Partner erwähnt werden, aber nicht als Unterzeichner. Laut armenischem Patriarchat ist dies kein Versehen, sondern eine bewusste politische Botschaft. Auch ein Bericht der Franziskanerkustodie über eine Ortsbesichtigung vor wenigen Tagen habe Fotos und Stellungnahmen ohne armenische Vertreter enthalten.

„An einem heiligen Ort, an dem der Status quo gewahrt bleibt, kann man nicht von ‚Übereinkunft‘ sprechen und gleichzeitig bilateral handeln“, erklärte das armenische Patriarchat. Armenier in Texten zu erwähnen, sie aber in der Praxis auszuschließen, sei inakzeptabel. Wiederholter Ausschluss könne langfristig Rechte der Armenier an der Stätte untergraben.

Die armenische Kirche fordert daher, dass Mitteilungen, Besuche und Inspektionen künftig ausschließlich dreiseitig erfolgen und die Armenier öffentlich als vollwertige Hüter der Geburtsgrotte dargestellt werden. Die im Juni 2012 auf die Liste des Unesco-Welterbes aufgenommene Geburtskirche im Zentrum Bethlehems gehört zu den heiligsten Stätten der Christenheit. Seit 2013 wurde sie umfangreich restauriert. Die Geburtskirche ist Teil eines 12.000 Quadratmeter großen Komplexes von Kreuzgängen, Klöstern, Grotten und weiteren Kirchen. So ist die katholische Katharinenkirche direkt mit der Geburtsbasilika verbunden. Weiter gehören ein lateinischer, ein griechisch-orthodoxer und ein armenischer Konvent dazu. Die Basilika selbst wird von diesen drei Konfessionen gemeinsam verwaltet. (kna 26.02.2026)

- **Gegen Amalek und die Perser. Der Gaza-Krieg war der erste Religionskrieg zwischen Israel und den Palästinensern, sagt Avraham Burg. Der Iran-Krieg sei nun der erste Krieg von Fundamentalisten. Doch eine übermilitarisierte Hegemonialmacht Israel biete Juden weltweit keineswegs mehr Sicherheit, so der frühere Parlamentssprecher und heutige Aktivist im Interview mit dem „KNA-Hintergrund“. Von Andrea Krogmann und Roland Juchem**

Avraham Burg (71), ehemaliger Politiker der Labour-Partei und Sprecher der Knesset (1999–2003). Seither ist er als Geschäftsmann, Autor und Bürgerrechtsaktivist tätig.

KNA-Hintergrund: Im Krieg mit dem Iran war an vielen Orten Israels der Satz zu hören: „Ich hoffe, wir machen den Iran fertig, dann können wir Frieden schließen.“ Was antworten Sie darauf?

Avraham Burg: Jahrzehntelang haben wir die Vorstellung genährt, der Iran sei ein Erzfeind. Unabhängig davon, ob er es ist, haben die Menschen Angst. Wir wissen nicht, wie wir die existenzielle Bedrohung ein für alle Mal beseitigen. Der zweite Teil des Satzes ist: Israels Regierung propagiert eine Unterscheidung zwischen dem iranischen Regime und dem Volk. Die Leute tapen in diese rhetorische Falle und sagen: „Wenn wir das Regime stürzen, ist der Weg zur Versöhnung mit den Iranern frei“. Für Israel lässt die Regierung diese Unterscheidung nicht zu. Wer die Regierung angreift, greift das jüdische Volk an.

KNA: In Deutschland äußern sich Juden auch kritisch gegenüber Netanjahu, sagen aber, ein starkes Israel sei für sie überlebenswichtig. Was sagen Sie denen?

Burg: Das ist gute Propaganda, entspricht aber schlecht der Realität. Ist ein starkes Israel eines, das in Sicherheit und Frieden im Einklang mit seiner Umgebung lebt? Oder eine Hegemonialmacht, die nur Gewalt einsetzt? Das Wohlergehen Israels und der Weltgemeinschaft ist in Zeiten des Friedens immer besser. Es verschlechtert sich immer dann, wenn Israel den Weg der Gewalt einschlägt. Nun befinden wir uns seit drei Jahren in einer Situation, in der Israel auf dem Höhepunkt seiner Stärke und seines Selbstbewusstseins ist und gleichzeitig den Tiefpunkt seiner Sicherheit erreicht hat. Was ist also Stärke? Diejenigen, die glauben, dass ein starkes Israel ein tyrannisches, aggressives, übermilitarisiertes Israel bedeutet, für die ist das gut. Ich glaube, Israel

unter diesem Regime, mit dieser Ideologie und diesem Verhalten stellt eine Bedrohung dar – für das israelische Volk und für den gesamten Westen.

KNA: Sie sagen, dass Israel in Zeiten des Drucks automatisch in ein psychologisches Muster verfällt, das in seinem heiligen Buch verwurzelt ist: Krieg als Antwort. Warum sollte die Thora Israel dazu bringen, Krieg zu wollen?

Burg: Die Bibel ist von der Gewalt Gottes durchdrungen, der ein Gott der Rache ist. Wenn ich heutige Begriffe verwende, ist Krieg in der Bibel eine „harte Macht“, Frieden hingegen abstrakt und formlos, eine „weiche Macht“. Das Harte aber zieht immer mehr Aufmerksamkeit auf sich, in den Medien heute wie in den Heiligen Schriften, den alten Medien sozusagen. Israel durchläuft derzeit eine Revolution einer neuen Religiosität, deren Ausdrucksformen nicht mehr institutionalisiert sind, sondern sehr individualistisch, einerseits sehr traditionell und andererseits sehr militant-militaristisch.

Diejenigen, die die Bibel kennen – und das sind nicht sehr viele –, können sie in vollem Umfang nutzen. Die unwissende Mehrheit greift oberflächlich auf das Volk der Amalekiter zurück, von dem die Bibel sagt: „Krieg ist zwischen dem Herrn und Amalek von Generation zu Generation“ – also ewig. Die Menschen sehen den symbolischen Ausbruch des Krieges mit dem Iran zum Purimfest, der mythologischen Begegnung zwischen Juden und Persern, das an die Rettung der Juden vor drohender Vernichtung im persischen Achämenidenreich erinnert. Es ist ein Feind, den wir jedes Jahr zum Leben erwecken.

Und dann ist da noch die zum Mainstream gewordene Denkweise, dass Esau und seine Nachkommen einen tiefsitzenden Hass gegenüber den Nachkommen Jakobs hegen. Es droht der Konflikt zwischen Juden und Nichtjuden. Diese drei Elemente, die Amalekiter, die Perser und der tiefsitzende Hass reichen aus, um dieses Feuer der Hölle zu schüren.

KNA: Sehen Sie jüdische Theologen, Geistliche, Intellektuelle, die dagegenhalten?

Burg: Sehr wenige Rabbiner treten für das gute alte moralische Judentum ein. Die überwiegende Mehrheit ist entweder Teil dieser furchtbaren Industrie des Hasses, oder sie sind die Anstifter. Die bedeutendsten Rassisten, die die jüdische Vorherrschaft als Philosophie in Israel fördern, sind keine Philosophen. Es sind Rabbiner wie etwa Dov Lior, Oberrabbiner in den israelischen Siedlungen in Hebron und Kiryat Arba im Westjordanland sowie einer der spirituellen Führer der Chardal-Bewegung, Zvi Tau mit seiner „Mamlachtut“-Theologie eines sakralisierten Nationalismus oder Yosef Kelner von der Bnei David Yeshiva in der West Bank.

KNA: Sehen Sie eine Parallele zu dschihadistischer Gewalt?

Burg: Es gibt eine gegenseitige inhaltliche Beeinflussung zwischen jüdischem, christlichem und muslimischem Fundamentalismus. Während der wichtigste Austausch heute zwischen moderaten Ideen stattfindet – wie man toleriert und zusammenlebt –, geht es unter Extremisten darum, wie man sich gegenseitig auslöscht. Und das so sehr, dass der 7. Oktober 2023 der erste Religionskrieg zwischen den Juden und den Palästinensern war.

Der jüngste Iran-Krieg ist dennoch eine andere Phase. Es ist der erste Krieg der Fundamentalisten. Es ist der jüdisch-christliche zionistische Fundamentalismus gegen bestimmte Elemente des muslimischen Fundamentalismus. Allen ist die wörtliche Auslegung der Schriften gemein. Kein Platz für die Generationen, die den unmöglichen Text sanfter gemacht haben, für die Geschichte der Juden in der muslimischen Welt, der Christen in der muslimischen Welt, der Muslime in der jüdischen Welt. Man sagt: Du willst gegen meinen Gott kämpfen? Ich werde gegen deinen Gott kämpfen. Eine Art Wettstreit der Radikalen bis zur Vernichtung.

KNA: Sie sprechen von drei Religionen, aber die Christen predigen doch Gewaltfreiheit.

Burg: Das Christentum in seiner Machtphase war keine nette Religion, siehe die Kreuzzüge, die Inquisition etc. Heute ist es eine Post-Macht-Religion. Anders das Judentum: Es ist heute zum ersten Mal eine Religion, die einen Staat hat, um Macht und Gewalt auszuüben. Heute ist das Christentum eine machtlose Macht und das Judentum eine übermächtige Religion, die über Staatsapparate verfügt, um sie durchzusetzen. Im Israel von heute ist Religion der Hauptrechtfertiger von Gräueltaten, während Christentum – zumindest der Teil unter Leitung von Papst Leo XIV. – die Opposition zum Krieg darstellt. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika ein Verbrechen begehen, geschieht das nicht im Namen des Christentums, obwohl die meisten Menschen Christen sind.

KNA: Warum aber sehen wir ähnliche Phänomene mit fast religiöser Inbrunst in völlig antireligiösen Systemen?

Burg: In der Vergangenheit gab es viele Nationen, deren erste Standardoption war: „Lasst uns losziehen und töten“. Zu den Dingen, die in den letzten 150 Jahren mit den Gräueltaten der

beiden Weltkriege passiert sind, gehört, dass viele Nationen einen sehr starken Prozess der Selbst-Deradikalisierung und Entmilitarisierung durchlaufen und den Krieg als erste Option beseitigt haben.

KNA: Israel könnte also auch einen anderen Weg einschlagen?

Burg: Viele Gesellschaften verändern sich vor unseren Augen. Allerdings ist Israel so jung, erst 80 Jahre alt, für eine Gemeinschaft historisch gesehen eine kurze Zeitspanne. Wir haben weder all die Lehren aus 2.000 Jahren Judentum übernommen noch aus den Lehren anderer gelernt.

KNA: Auch andernorts scheint das Pendel zurückzuschlagen. In den USA zeigt ein sich als Kriegsminister bezeichnender Pete Hegseth Kriegsbilder, während er das Vaterunser betet.

Burg: Ich weiß nicht, ob Trumps zweite Amtszeit die Ausnahme oder die Regel ist. Wenn es die Regel ist, bewegen wir uns auf eine neue Weltordnung zu, in der Amerika ein Kriegstreiber ist. Wenn es die Ausnahme ist, wird nach ihm, wer auch immer der Führer der Vereinigten Staaten von Amerika sein wird, zu den westlichen Maßstäben der Gewaltlosigkeit zurückkehren.

Das Israel von Netanjahu wird sich allerdings wohler fühlen in den warmen Armen von Konservativen, die glauben, dass die Welt ein permanenter Kampf zwischen Zivilisationen ist: unsere überlegene jüdisch-christliche gegen alle anderen, wer auch immer diese „Kinder der Finsternis“ sind.

Deshalb hat dieses Israel jedes Interesse daran, ein gewalttätiges Amerika zu sehen statt eines, das Frieden sucht: Das Amerika von Trump ist besser als das von Obama. So versuchen wir, diese Idee in neokonservativen Kreisen, bei christlichen Zionisten und bei ein paar anderen aufstrebenden, giftigen Schlangenköpfen auf der ganzen Welt durchzusetzen.

KNA: Ist das gelobte Land das verfluchte Land, das unfähig ist, dieser Realität der Gewalt zu entkommen?

Burg: Der andere Name für Jerusalem ist Stadt des Friedens. Wie viele Kriege wurden um sie geführt? Ein paar Hundert im Laufe der Geschichte? Die Stadt des Friedens ist ziemlich energiegeladen, ihre Friedfertigkeit durch Krieg zu verteidigen. Es ist das Schicksal von Orten, die mit Mythologie überladen sind. Heilige Orte sind Magneten für Identitätskonflikte. In einem gewöhnlichen Park mache ich mein Barbecue, du machst dein Barbecue, alles gut. Wenn dieser Park heiliges Land ist, bringe ich dich um, wenn du meinen Park betrittst. Übertriebene Heiligkeit führt zu übertriebenem Eifer und Fanatismus.

Zweitens hat dieser Ort viel Potenzial: zwei Glaubensrichtungen, die miteinander in Konflikt stehen und die grundlegende Trennung zwischen Politik und Religion nicht verstehen. Sowohl das Judentum als auch der Islam verstehen die grundlegende Weisheit aus Matthäus nicht, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist und Gott, was Gott gehört. So wird jeder dumme Konflikt um Land zu einem Zusammenprall von Gott und Allah.

Das einzige Heilmittel für diesen Ort ist, die Politik von der Religion und die Religion von der Politik zu trennen. Leider versuchen die aktuellen Akteure, Religion und Politik immer näher zusammenzubringen, um einen religiösen Staat zu schaffen. Ihr „Kalifat“ ist ein sicheres Rezept für mehr Gewalt. Wir müssen die Verflechtung von Religion und säkularer Zivilgesellschaft kappen. Bildlich gesprochen: In den 90er und 2000er Jahren haben wir die falsche Trennmauer errichtet – zwischen Menschen und Menschen, anstatt zwischen Religion und Politik. (kna HG 16.04.2026)

- **Das Judentum und die Todesstrafe**

Israels Parlament hat ein neues Gesetz zur Todesstrafe erlassen – zulasten der Palästinenser. Rechtsextreme Politiker jubeln, andere verurteilen „zweierlei Recht auf Leben“. Ein Überblick Von Leticia Witte

Ein neues Gesetz zur Todesstrafe in Israel erregt die Gemüter, von Jubel bis Entsetzen ist alles dabei. Der Entwurf stammt aus den Reihen der rechtsextremen Partei „Jüdische Stärke“. Der Parteivorsitzende Itamar Ben-Gvir, der auch Minister für nationale Sicherheit ist, erklärte etwa: „Der Staat Israel ändert heute die Spielregeln: Wer Juden ermordet, wird nicht weiter atmen und die Bedingungen im Gefängnis genießen.“

Das israelische Parlament, die Knesset, hatte die neuen Regelungen Ende März gebilligt. Künftig droht jedem Todesstrafe oder lebenslange Haft, „der absichtlich den Tod einer Person herbeiführt mit dem Ziel, einem israelischen Staatsbürger oder Einwohner zu schaden, aus der Absicht, die Existenz des Staates Israel zu beenden“. Die Änderung trifft besonders Palästinenser, die von Militärgerichten für schuldig befunden werden, ein als Terrorakt eingestuftes Tötungsdelikt begangen zu haben. Palästinenser aus den besetzten Gebieten müssen sich meist vor Militärgerichten

verantworten, Israelis hingegen vor zivilen Gerichten. Kritiker werfen den Militärgerichten vor, Angeklagte viel häufiger zu verurteilen, sowie Folter.

„Sünde an Werten des Judentums“

Die Trägerin der Buber-Rosenzweig-Medaille, die jüdische Journalistin Esther Schapira, kommentierte das neue israelische Gesetz kurz nach seiner Billigung unter dem Titel „Was für eine Anmaßung!“ in der „Jüdischen Allgemeinen“: „Wer zweierlei Recht auf Leben einführt, der versündigt sich am Rechtsstaat und zugleich an den fundamentalen Werten des Judentums. Die Verrohung unserer Feinde darf niemals zur Vorlage unseres Handelns werden.“

Wie steht das Judentum zur Todesstrafe? Der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, der orthodoxe Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, ist ein angesehener Experte, wenn es um das jüdische Religionsgesetz, die Halacha, geht. Der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) sagt er, dass die jüdische Tradition die Todesstrafe in der Thora für schwerste Vergehen kenne. Aber: Zugleich habe das Religionsgesetz „durch außerordentlich hohe rechtliche und prozessuale Hürden“ ihre Anwendung in der Praxis nahezu unmöglich gemacht. „Das jüdische Recht kennt die Härte des Gesetzes – seine gelebte Tradition aber schützt das Leben.“

Der Oberrabbiner blickt in die Vergangenheit: Schon die rabbinischen Weisen des Talmuds hätten ein Gericht, das auch nur selten Todesurteile vollstreckte, als „zerstörerisch“ erklärt. „Bedeutende jüdische Gelehrte wie Moses Maimonides betonten, es sei besser, tausend Schuldige freizusprechen, als einen einzigen Unschuldigen hinzurichten.“ Vor diesem Hintergrund sei die Todesstrafe im jüdischen Recht faktisch seit der Antike nicht mehr vollzogen worden. Die entsprechenden Vorschriften seien zunehmend als Ausdruck moralischer Ernsthaftigkeit und Abschreckung verstanden worden, nicht als praktische Handlungsanweisung für staatliche Rechtsprechung.

Goldschmidt betont: „Für das Judentum steht der Schutz menschlichen Lebens im Zentrum.“ Für ihn folgt daraus ein Aufruf der von ihm repräsentierten Konferenz Europäischer Rabbiner „zu größter Zurückhaltung bei irreversiblen Strafen, zur Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien und zur besonderen Sensibilität gegenüber dem Risiko von Justizirrtümern“. Im Deutschlandfunk ergänzte er: „Wäre ich ein Mitglied der Knesset, wäre ich gegen die Entscheidung.“ Bei dem Gesetz handele es sich um ein Resultat des 7. Oktober 2023, als Hamas-Terroristen Israel attackierten. Die extreme Rechte wolle populistische Antworten auf reale Probleme geben. „Ich glaube, das ist Populismus. Ich glaube, das ist nicht die Lösung für das Terrorismusproblem in Israel.“

Auch Avi Dabush von der israelischen Organisation Rabbis for Human Rights (Rabbiner für Menschenrechte) verweist bei seiner Positionierung gegen die Todesstrafe auf jüdische Gelehrte, insbesondere auf Maimonides (1135–1204), der auch unter dem Namen „Rambam“ bekannt und einer der bedeutendsten Thora-Gelehrten ist. Dabush, der sich als Menschenrechtsaktivist bezeichnet, sieht die Todesstrafe gegen die Wurzeln des Judentums in seinen verschiedenen Strömungen gerichtet, auch wenn die Thora an mehreren Stellen davon spricht. „Und natürlich sind wir auch humanistisch.“ Er verweist gegenüber der KNA auf Lehren aus dem Nationalsozialismus, Prinzipien der EU und Debatten über die in den USA existierende Todesstrafe.

Auch der deutsche Rabbiner Jonah Sievers gehört zu denen, die sich eingehender mit dem Verhältnis von Judentum und Todesstrafe befassen. Er koordinierte bis Ende 2025 das Rabbinatsgericht (Bet Din) der Allgemeinen Rabbinerkonferenz, in der nicht-orthodoxe Rabbinerinnen und Rabbiner organisiert sind, die unterschiedlichen Strömungen angehören und beispielsweise liberal oder konservativ sind.

36 Stellen in der Thora

Sievers spricht in einem Beitrag für das Buch „Ethik im Judentum“ von einer Ambivalenz, die sich durch unterschiedliche Sichtweisen und Auslegungen religiöser Quellen ergebe. Er verweist wie auch Oberrabbiner Goldschmidt auf 36 Stellen in der Thora, an denen die Todesstrafe für Vergehen wie Mord, Entführung, Bruch des Ruhetages Schabbat und Betreten des damaligen Allerheiligsten durch Menschen, die keine Priester waren, gefordert wird. Im Tanach, der Hebräischen Bibel, fänden sich lediglich fünf Stellen, in denen von einer Vollstreckung der Todesstrafe durch Menschen berichtet werde.

Die Todesstrafe wurde nach Worten von Sievers wohl in der gesamten Geschichte nur sehr selten angewendet. Bereits die Diskussionen der Mischna und des Talmuds seien akademischer Natur gewesen. Er betont wie auch Goldschmidt, dass es in der Praxis hohe rechtliche Hürden und die offenkundige Absicht gegeben habe, die Zahl an Hinrichtungen zu beschränken. Sievers bringt den Sanhedrin ins Spiel, der den jüdischen Ältestenrat in Jerusalem in der griechisch-römischen Zeit bezeichnet. Nur dieser konnte die Todesstrafe verhängen.

Zurück in die Gegenwart und zur Ambivalenz. Ein gutes Beispiel dafür seien Einlassungen von Rabbiner Moshe Feinstein (1895–1986) an den Gouverneur des Staates New York gewesen, erklärt Sievers. Feinstein habe einst an ihn geschrieben, dass die Todesstrafe nur für schwerste Verbrechen verhängt werde, und auf den hohen Wert des Lebens im Judentum und hohe rechtliche Hürden verwiesen.

Feinstein zufolge gilt die Ablehnung der Todesstrafe allerdings nicht, wenn eine Tatperson „Verachtung für das Konzept des Mordens“ zeige. Hier führt Sievers den Fall des NS-Verbrechers und Organisers des Holocausts, Adolf Eichmann, an: „Wenn also die Täter so verkommen sind, dass für sie Mord keinerlei Bedeutung hat, so können diese auch zum Tode verurteilt werden.“

Aus der liberalen und konservativen Strömung stammten mehrere Erklärungen, die sich prinzipiell gegen die Todesstrafe aussprachen – etwa aus dem Argument heraus, dass sie ein Ausdruck früherer ethischer Vorstellungen gewesen sei, heute aber andere Möglichkeiten der Bestrafung existierten, so der Berliner Rabbiner Sievers. (kna HG 16.04.2026)

- **Haftstrafen für israelische Soldaten wegen Zerstörung einer Jesusfigur**

Die Zerstörung einer Jesusfigur durch einen israelischen Soldaten im Süden des Libanon hat Anfang der Woche weite Kreise gezogen. Der Soldat, der das Kreuz geschändet hat, muss für 30 Tage in Militärhaft. Die gleiche Strafe erhalte der Soldat, der die Tat fotografiert hat, teilte die israelische Armee auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) mit. Beide Soldaten würden vom Kampfeinsatz abgezogen. Weitere sechs Soldaten waren demnach bei dem Vorfall anwesend und unternahmen nichts, um ihn zu verhindern oder zu melden. Über mögliche Konsequenzen für sie werde später entschieden.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Außenminister Gideon Saar verurteilten die Tat und äußerten Bedauern. Netanjahu verwies darauf, dass aus seiner Sicht Israel das einzige Land in der Region sei, in dem Christen in Frieden leben könnten. „Während Christen in Syrien und dem Libanon von Muslimen abgeschlachtet werden, gedeiht die christliche Bevölkerung in Israel besser als irgendwo sonst im Mittleren Osten.“ Ähnlich äußerte sich Außenminister Saar. Diese Tat „widerspricht vollkommen unseren Werten“, so der Minister. „Wir entschuldigen uns für diesen Vorfall bei allen Christen, deren Gefühle dadurch verletzt wurden.“

Israels Armee hatte die Echtheit des Bildes bestätigt, das zuvor bereits in Sozialen Medien zirkulierte. Zu sehen war ein Soldat, der auf den Kopf einer liegenden Christusfigur am Kreuz mit einem Hammer einschlägt. Auf der Plattform X teilte die Armee mit, das Kreuz sei in Absprache mit der Gemeinde in Debel ersetzt worden. Die Armee habe „kein Interesse daran, zivile Infrastruktur inklusive religiöser Gebäude oder Symbole zu zerstören“. Gleichzeitig solle die christliche Gemeinschaft, zu der das Kreuz gehöre, bei dessen Wiederherstellung unterstützt werden. – Etwa ein Drittel der libanesischen Bevölkerung bekennt sich zum Christentum. Das katholische Hilfswerk missio Aachen sieht die Tat jedoch im größeren Kontext von Christenfeindlichkeit in der Region. Aus Sicht von missio-Präsident Dirk Bingener, der sich den Angaben zufolge derzeit in Ägypten aufhält und dort auch Gespräche mit Christen aus dem Libanon geführt hat, steht der Vorfall sinnbildlich für die derzeitige Lage der Christen im Südlibanon.

Rund 5.000 Familien seien durch Israels Militäraktion derzeit vom Rest des Landes abgeschnitten; über ihr Schicksal gebe es keine Informationen. Gleichzeitig gebe es Hinweise darauf, dass trotz der Waffenruhe gezielt Häuser abgerissen und Land zerstört werde, um eine Rückkehr der Bevölkerung zu verhindern. Derzeit seien offenbar noch keine christlichen Dörfer betroffen. „Doch dieses Vorgehen schürt bei unseren Partnern große Ängste“, so der missio-Präsident. (kna HG 23.04.2026)

- **Lateinischer Patriarch veröffentlicht umfassenden Friedensappell**

Die jüngsten Kriege in Nahost sind laut Kardinal Pierbattista Pizzaballa Symptom eines globalen Paradigmenwechsels. An die Stelle der internationalen Ordnung sei „Gewaltanwendung als entscheidendes Mittel zur Konfliktlösung“ getreten, schreibt der Lateinische Patriarch von Jerusalem in einem umfangreichen Pastoralbrief, der veröffentlicht wurde. Darin plädiert er für radikales Umdenken, für das Zusammenleben in Jerusalem und für einen internationalen Schutz der Stadt.

Der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 und der Gaza-Krieg würden „als Wendepunkte angesehen, die eine Ära beendet und eine neue eingeleitet haben - und zwar auf die schlimmste aller Arten“, so Pizzaballa in dem Schreiben mit dem Titel „Sie kehrten mit großer Freude nach Jerusalem zurück“. Inzwischen habe sich der Konflikt zum integralen Teil der Kultur des Landes und Selbstzweck entwickelt. Weltmächte, die einst die internationale Ordnung garantieren sollten, ergriffen heute Partei aufgrund eigener strategischer und wirtschaftlicher Interessen. Der Patriarch zeichnete tiefgreifende gesellschaftliche Folgen von Entmenslichung, Polarisierung auch inner-

halb der Konfliktparteien, Angst und Radikalisierung. Begriffe wie Koexistenz, Dialog, Zwei-Staaten-Lösung seien abgenutzt. Auch die Heiligen Stätten würden zu Schlachtfeldern um Identität; Religion diene zur Rechtfertigung von Gewalt, Besatzung und Terrorismus.

Die Stadt Jerusalem stehe als „symbolischer Mikrokosmos am Schnittpunkt von Zivilisationen, Religionen und Ethnien“ einerseits im Zentrum des israelisch-palästinensischen Konflikts, sei aber auch beispielhaft für weltweite zeitgenössische Probleme. Pizzaballa warnte vor Monopolisierungsversuchen der Heiligen Stadt und vor einer „toxischen Erinnerung“, die mit Exklusivitätsansprüchen die Erinnerung der anderen leugne. Die angestammten Christen im Heiligen Land seien kein „neutraler Puffer zwischen Israelis und Palästinensern“, betonte der Patriarch. Sie dürften sich weder in einer geschützten Enklave einschließen noch fliehen, sondern müssten als Teil der Gesellschaft für eine „Vision von Menschlichkeit“ eintreten.

Dabei warb der Oberhirte bei seinen Gemeinden für eine geistliche Erneuerung. „Eine Gemeinschaft, die betet, flieht nicht vor der Realität, sondern lernt, sie unter dem Blick Gottes zu leben“, schrieb Pizzaballa. Auch Familie und kirchliche Schulen seien Orte, um Versöhnung und Menschlichkeit einzuüben. (Kna HG 30.04.2026)

3. Personen

- **Hubertus von Pilgrim, Bildhauer**, ist am 1. Januar im Alter von 94 Jahren gestorben. Der Adenauer-Kopf vor dem Bonner Bundeskanzleramt und die Skulptur entkräfteter Gestalten auf ihrem „Todesmarsch von Dachau“ zählen zu den bekanntesten Werken des Bildhauers. 1995 wurde er in den Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste aufgenommen, dessen Vizekanzler er von 2009 bis 2013 war. 1997 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern sowie 2005 das Bayerische Verdienstkreuz. (kna HG 08.01.2026)
- **Eva Schloss, bekannte Holocaustüberlebende und Freundin von Anne Frank**, ist am 3. Januar im Alter von 96 Jahren in London gestorben. Ihre Mutter wurde nach dem Holocaust die zweite Ehefrau von Otto Frank. Die Jüdin Schloss, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien lebte, setzte sich als Ehrenpräsidentin der Stiftung Anne Frank Trust bis ins hohe Alter für die Erinnerung an die Schoah und Toleranz ein. (kna HG 08.01.2026)
- **Imad Mousa Haddad ist in der Jerusalemer Erlöserkirche in sein Amt als Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL) eingeführt worden.** Der im jordanischen Amman lebende Pfarrer war bereits im Juni 2025 von der Synode zum Nachfolger von Sani Ibrahim Azar gewählt worden, der nun in den Ruhestand geht. Haddad ist der fünfte Bischof der 1959 gegründeten Kirche, der zurzeit etwa 2000 Mitglieder in sechs Gemeinden in Jordanien, Jerusalem und dem Westjordanland angehören. Er stammt aus Beit Dschala und studierte Theologie in Beirut und Columbia im US-Bundesstaat South Carolina. (kna HG 15.01.2026)
- **Erzbischof Giorgio Lingua (65)** ist vom Papst zum neuen päpstlichen Nuntius in Israel und zugleich zum Delegaten für Jerusalem und Palästina ernannt worden. Der Italiener folgt in beiden Funktionen auf den philippinischen Erzbischof Adolfo Tito Yllana, der in zwei Wochen das 78. Lebensjahr vollendet. Lingua war zuvor Nuntius in Kroatien und davor Papstbotschafter in Kuba. Von 2010 bis 2015 war er bereits als Nuntius in Jordanien und im Irak im Nahen Osten tätig. (kna HG 29.01.2026)
- **Ran Gvili (Jahrgang 1999), Polizist und letzte israelische Geisel des Terrorüberfalls der Hamas** am 7. Oktober 2023, ist im südisraelischen Meitar, seinem Heimatort, beigesetzt worden. Zu der Trauerfeier kamen neben Staatspräsident Jitzchak Herzog und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu weitere Regierungsvertreter und Abgeordnete, ehemalige Verteidigungsminister sowie der sephardische Oberrabbiner in Israel, David Yosef. (kna HG 29.01.2026)
- **Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner (CER)**, tritt vom Co-Vorsitz des Dialog-Gremiums Muslim Jewish Leadership Council zurück. Für die jüdische Seite übernehme diesen Posten künftig der polnische Oberrabbiner Michael Schudrich. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Laut anonymen Quellen innerhalb des Muslim Jewish Leadership Council (MJLC) steht Goldschmidts Rücktritt im Zusammenhang mit der Absage eines CER-Treffens im vergangenen Sommer in Sarajevo. Hinzu komme eine mangelnde Unterstützung der Rabbinerkonferenz durch den muslimischen Co-Vorsitzenden des MJLC, den Großmufti von Slowenien, Nedžad Grabus. (kna HG 12.02.2026)
- **Felix Klein (58) scheidet aus dem Amt des Beauftragten der Bundesregierung gegen Antisemitismus.** Das Kabinett habe entschieden, ihm zum Sommer die Leitung der Ständigen Vertre-

tung Deutschlands bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris zu übertragen, so Klein. Mit Klein war zum 1. Mai 2018 erstmals ein Beauftragter der Bundesregierung berufen worden, der für die Bekämpfung von Antisemitismus und den Schutz und die Sichtbarmachung von jüdischem Leben zuständig ist. (kna HG 12.02.2026)

- **Franz Xaver Brandmayr (70) wird neuer Rektor des Österreichischen Pilger-Hospizes in Jerusalem.** Brandmayr ist derzeit Dompropst in Wiener Neustadt. Zuvor leitete er von 2008 bis 2020 als Rektor die deutsche Nationalkirche Santa Maria dell'Anima in Rom. Seinen Dienst in Jerusalem tritt Brandmayr am 1. September an. Das älteste nationale Pilgerhaus im Heiligen Land stand zuletzt unter interimistischer Leitung von Lucas Maier. (kna HG 12.03.2026)
- **Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) wird für ihre Verdienste um das liberale Judentum mit dem Israel-Jacobson-Preis geehrt.** Die Auszeichnung wird von der Union progressiver Juden in Deutschland seit 2001 alle zwei Jahre verliehen. In der Begründung zur Preisvergabe hieß es, Prien erhalte „die Auszeichnung in Anerkennung ihrer großen Verdienste für das liberale Judentum, für die Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland in seiner ganzen Vielfalt sowie für ihren persönlichen Einsatz für Begegnung und Dialog zwischen den Religionen und Kulturen“. (kna HG 12.03.2026)
- **Olliver Zobel (57), Theologe aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau,** wird zum 1. Dezember neuer evangelischer Propst in Jerusalem. Er folgt auf Joachim Lenz, der seit 2020 im Amt ist und Ende Juli 2026 in die Evangelische Kirche im Rheinland zurückkehrt. Zobel ist derzeit Dekan des Dekanats Ingelheim-Oppenheim in Rheinland- Pfalz. Das Propstamt umfasst die Betreuung deutschsprachiger evangelischer Gemeinden in Israel und Palästina sowie die Leitung kirchlicher Einrichtungen und die Repräsentation der EKD vor Ort. (kna HG 26.03.2026)
- **Olaf Scholz, SPD-Altbundeskanzler,** wird für seine Verdienste um das jüdische Leben in Deutschland mit der Leo-Baeck-Medaille ausgezeichnet. Scholz soll den Preis des Leo-Baeck-Instituts am 28. April in New York erhalten. Als Laudator ist demnach der frühere US-Außenminister Anthony Blinken vorgesehen. (kna HG 16.04.2026)

@ kna-Hintergrund